

63. Sitzung

Mittwoch, den 04. März 2009

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

"Ziele und Eckpunkte einer Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz" auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3138 –	3806
"Neueste Entwicklungen auf dem Flughafen Frankfurt-Hahn" auf Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/3146 –	3813
"Lehrermangel aufgrund falscher und verfehlter Personalpolitik" auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3163 –	3820

Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Wahl eines ordentlichen berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags – Drucksache 15/3083 –	3826
---	------

<i>Der Landtag wählt gemäß Artikel 134 der Verfassung für Rheinland-Pfalz und § 5 des Landesgesetzes über den Verfassungsgerichtshof mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von sechs Jahren einstimmig Herrn Willi Kestel, Präsident des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken, zum ordentlichen berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz.....</i>	3826
---	------

Landesgesetz zu dem Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3116 – Erste Beratung	3827
---	------

<i>Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3116 – wird an den Ausschuss für Medien und Multimedia – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen.....</i>	3836
---	------

**Zweites Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Durchführung
der Kriegsgesetzgebung
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/3118 –

Erste Beratung 3836

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3118 – wird an den Sozial-
politischen Ausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen.*..... 3836

Verbesserung der Berufsorientierung durch den "Schülerpass"

Antrag der Fraktion der FDP – Entschließung –

– Drucksache 15/2923 –

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung und Jugend

– Drucksache 15/3045 – 3836

Die Beschlussempfehlung – Drucksache 15/3045 – wird einstimmig angenommen...... 3839

*Der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/2923 – wird unter
Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung – Drucksache 15/3045 –
einstimmig angenommen.* 3839

Campus Management System

Antrag der Fraktion der FDP – Entschließung –

– Drucksache 15/2928 –

**dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung,
Forschung und Kultur**

– Drucksache 15/3048 – 3839

*Die in der Beschlussempfehlung – Drucksache 15/3048 – enthaltene Neufassung des
Antrags wird einstimmig angenommen.* 3842

Zooschule Landau

Antrag der Fraktion der FDP – Entschließung –

– Drucksache 15/2932 –

**dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung,
Forschung und Kultur**

– Drucksache 15/3107 – 3843

Die Beschlussempfehlung – Drucksache 15/3107 – wird einstimmig angenommen...... 3843

*Der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/2932 – wird unter
Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung – Drucksache 15/3107 –
einstimmig angenommen.* 3843

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Professor Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering; die Staatssekretäre Martin Stadelmaier und Frau Jacqueline Kraege.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Nicole Morsblech und Uta Schellhaaß; Staatssekretär Michael Ebling.

Rednerverzeichnis:

Abg. Auler, FDP:.....	3808, 3811
Abg. Bauckhage, FDP:.....	3834
Abg. Dr. Krell, SPD:.....	3840
Abg. Dr. Weiland, CDU:.....	3832
Abg. Eymael, FDP:.....	3813, 3817
Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:.....	3821, 3826
Abg. Frau Dickes, CDU:.....	3820, 3825
Abg. Frau Hayn, CDU:.....	3838, 3839
Abg. Frau Huth-Haage, CDU:.....	3841
Abg. Frau Raab, SPD:.....	3835
Abg. Haller, SPD:.....	3830
Abg. Hartloff, SPD:.....	3814, 3818
Abg. Heinrich, SPD:.....	3837
Abg. Hörter, CDU:.....	3807, 3810
Abg. Kuhn, FDP:.....	3822, 3836, 3839, 3841
Abg. Licht, CDU:.....	3815, 3819
Abg. Noss, SPD:.....	3806
Abg. Schweitzer, Harald, SPD:.....	3809
Beck, Ministerpräsident:.....	3827
Bruch, Minister des Innern und für Sport:.....	3811
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:.....	3823, 3838, 3842
Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:.....	3816, 3819
Präsident Mertes:.....	3806, 3807, 3808, 3809, 3810, 3811, 3813, 3814
Vizepräsident Bauckhage:.....	3838, 3839, 3840, 3841, 3842
Vizepräsident Schnabel:.....	3830, 3832, 3834, 3835, 3836, 3837, 3838
Vizepräsidentin Frau Klamm:.....	3815, 3816, 3817, 3818, 3819, 3820, 3821, 3822
.....	3823, 3825, 3826

**63. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 04. März 2009**

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle zu 63. Plenarsitzung des Landtags. Seien Sie herzlich willkommen!

Die Herren Kollegen Guth und Schmitt werden mir helfen, die Sitzung zu leiten.

Entschuldigt sind Frau Morsblech und Frau Schellhaaß. Zwischendurch muss uns Herr Ministerpräsident Kurt Beck wegen eines Gesprächs mit dem rumänischen Außenminister verlassen. Herr Ebling befindet sich auf der Kultusministerkonferenz in Stralsund.

Neu können wir den Herrn Kollegen Bertrand Adams unter uns begrüßen. Ist er anwesend?

(Zuruf von der CDU: Er kommt noch!)

– Er kommt noch? Er sucht noch.

(Heiterkeit im Hause –
Abg. Adams, CDU, betritt den Saal)

Herr Kollege Adams, ich begrüße Sie herzlich im Plenum des Landtags von Rheinland-Pfalz. Sie sind der Nachfolger unseres geschätzten Kollegen Christoph Böhr. Es freut mich, dass Sie so pünktlich bei uns eingetroffen sind.

(Vereinzelt Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, es gab Geburtstage zu feiern. Herr Kollege Günther Ramsauer ist 60 geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Frau Kollegin Schleicher-Rothmund hatte ebenfalls einen runden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Haus –
Ramsauer, SPD: Aber nicht 60!)

Meine Damen und Herren, Sie haben eine Tagesordnung vorgelegt bekommen. Gibt es dazu Hinweise? Können wir so verfahren?

Zu den Tagesordnungspunkten 10 und 11 weise ich darauf hin, dass die Beschlussempfehlungen fristgerecht eingereicht und verteilt worden sind. Dann stellen wir die Tagesordnung fest.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE

**„Ziele und Eckpunkte einer Kommunal- und
Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/3138 –

In der ersten Runde stehen fünf Minuten und in der zweiten Runde zwei Minuten Redezeit je Fraktion zur Verfügung, weil die Aktuelle Stunde dreigeteilt ist. Herr Kollege Noss, Sie haben das Wort.

Abg. Noss, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit über zwei Jahren beschäftigen wir uns mittlerweile mit der Kommunal- und Verwaltungsreform. Ziel ist es, die Kommunen unter Berücksichtigung der demografischen Verhältnisse, einer sich wandelnden Aufgabenstellung und der Situation der öffentlichen Haushalte zukunftsfähig zu machen und die kommunalen Strukturen zu optimieren.

Während bei der zurückliegenden Kommunalverwaltungsreform Anfang der 70er-Jahre die SPD damals als große Oppositionspartei konstruktiv mitarbeitete und sich einbrachte, hat sich die CDU bisher jeglicher konstruktiver Mitarbeit von Anfang an kategorisch verweigert.

(Beifall der SPD –
Unruhe bei der CDU)

Dies bei einer Partei, die sich selbst als die Kommunalpartei bezeichnet. Ich würde sagen, das ist ein typisches Zeichen von politischer Handlungsunfähigkeit.

(Beifall der SPD –
Unruhe bei der CDU)

Innenminister Karl Peter Bruch hat in der zurückliegenden Sitzung des Innenausschusses die Eckpunkte der Kommunalverwaltungsreform vorgestellt. Diese zeigen deutlich in die Zukunft. – Herr Schnabel, ich begrüße Sie. – Wenn Sie davon sprechen, dass dadurch Unruhe vor Ort entstanden ist, ist das bei solchen Vorgaben und Empfehlungen ganz normal.

(Ernst, CDU: Richtig,
bei solchen Vorgaben)

Die CDU hat aber nichts unternommen, damit keine Unruhe entsteht. Im Gegenteil, sie hat diese Unruhe noch geschürt.

(Beifall der SPD)

Insgesamt sollen sich 32 verbandsfreie Gemeinden bzw. Verbandsgemeinden zusammenschließen. Dafür wurde ein umfangreicher Kriterienkatalog mit zahlreichen Parametern festgelegt, die sich nachrechnen lassen.

Herr Schnabel, Sie haben eine Presseerklärung abgegeben, die mir als Vorlage diente. Dabei von einer Rasenmähermethode zu sprechen, geht an den Gegeben-

heiten mehr als vorbei. Wenn Sie darüber hinaus monieren, dass die Vorschläge nicht konsequent genug wären und nicht festgelegt sei, wer mit wem, sage ich deutlich: Wir vertrauen darauf, dass wir den Kommunen den Weg zeigen, die Kommunen aber so viel Kraft und so viele eigene Ideen haben, dass sie vor Ort selbst festlegen und bestimmen können, mit wem sie zusammengehen wollen und wie der Weg dorthin aussehen sollte.

(Beifall der SPD –
Unruhe bei der CDU)

Die Landesregierung setzt bis 2012 auf Freiwilligkeit. Dafür gibt es auch finanzielle Anreize für die Kommunen, die sich zusammenschließen. 2012 wird eine Evaluierung erfolgen. Darauf aufbauend werden dann gesetzliche Regelungen folgen.

26 Kommunen wurden darüber hinaus aufgefordert, sich mit Verwaltungen, die am gleichen Ort wie ihre Verwaltung liegen, zusammenzuschließen, um dadurch Synergieeffekte zu erreichen, wie die Zusammenlegung von Ämtern und Einrichtungen.

Darüber hinaus wurden generell die Kommunen aufgefordert, für sich selbst zu prüfen, wo Kooperationsmöglichkeiten bestehen und wo man zusammenarbeiten kann. Das ist ähnlich wie beim LEP IV. Ich meine, das ist ein Gebot der Stunde, und das macht auch Sinn.

(Beifall der SPD)

Generell lässt sich sagen: Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir wollen die kommunalen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärken. – Ich spreche dabei von Quoren und weiteren Möglichkeiten. Darüber hinaus wollen wir den Bürgerservice für die Bürger stärken. Neben den bereits überall bekannten und auch größtenteils vorhandenen Bürgerbüros wollen wir mobile Bürgerbüros einsetzen, damit wir die Möglichkeit haben, zu kranken und behinderten Menschen zu gehen, damit sie ihre Verwaltungsgeschäfte von zu Hause aus erledigen können.

(Beifall der SPD –
Harald Schweitzer, SPD: So ist es!)

Eine weitere Bürgerbeteiligung vor der gesetzlichen Umsetzung dieser Schritte ist darüber hinaus ebenfalls geplant. Angeblich ist auch die CDU für mehr Bürgerbeteiligung. Weshalb die CDU dann bei der Haushaltsaufstellung die dafür vorgesehenen Mittel ersatzlos streichen wollte, verschließt sich mir. Da müssen Sie eigene Ideen haben.

(Beifall der SPD)

Ihr gesamtes Gebaren im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform ist nicht nachvollziehbar und nicht von dieser Welt. Unabhängig hiervon werden wir die Schritte zur konsequenten Umsetzung der Kommunalverwaltungsreform weitergehen.

(Beifall der SPD –
Frau Schneider, CDU:
Wir machen's einfach!)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Hörter.

Abg. Hörter, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich mich mit der Aktuellen Stunde beschäftigte, habe ich mich gefragt, was die SPD bewegt, eine solche Aktuelle Stunde zu beantragen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Nach dem, was wir jetzt gehört haben, weiß ich nicht, ob das eine Flucht nach vorn war oder was das überhaupt sein sollte. Auf jeden Fall war es keine rhetorische Glanzleistung, uns zu erklären, was hierzu seitens der Regierung an Arbeit geleistet wurde.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wie groß allerdings der Druck auf dem Innenminister lastet, dass er eine solche Liste vorlegt, ist mir nicht klar. Eines ist klar: Dass die Probleme nicht mehr unter den Tisch zu kehren sind und sich die Reform zunehmend als Rohrkreierer erweist.

(Beifall der CDU)

Erst großspurig angekündigt, dann kommt der erste gigantische Wurf, die 32er-Liste. Die war selbst der SPD-Fraktion zu klein. Es entwickelte sich dann eine Steigerung um immerhin 100 %. Es sind dann 64 Punkte gewesen.

Die Baustelle wurde unter großer Bürgerbeteiligung eingerichtet, um sie dann still und heimlich zu verlassen. Denn was ist von diesen 64 Punkten bisher überhaupt abgearbeitet worden?

(Beifall der CDU)

Dann wird eine neue Baustelle eröffnet. Man muss sagen, die Gründe für die Reform sind nachvollziehbar. Das gilt auch für das Papier, das vorgelegt wurde. Das kann man allerdings nicht mehr zu den vier Grundsätzen sagen. Losgelöst von der Frage des Erhalts der Ortsgemeinden ist aber schon die Frage zu stellen, ob es immer sinnvoll ist, dass eine Verbandsgemeinde nicht aufgeteilt wird. Ich stelle die Frage, ob es – jetzt spreche ich als Städter – sinnvoll ist, das Thema einer Eingemeindung zu tabuisieren.

(Noss, SPD: Sie hätten eigene Vorschläge einbringen können!)

Anhand dessen will ich nur einmal andeuten, was es alles an Diskussionen hätte geben können.

(Unruhe bei der SPD)

Bei den Hauptkriterien sieht es ähnlich aus. Man kann die 12.000er-Regelung für die Verbandsgemeinden, was die Einwohnerzahl angeht, sehr wohl akzeptieren, auch die Betrachtungen, was die Zahl der Ortsgemeinden und

der Flächen angeht. Dann kommt allerdings diese Anlage 1 des Papiers.

Lassen Sie mich, weil man sich in allen Jahrhunderten schon einmal einer Fabel bediente, Ihnen heute eine kleine Fabel erzählen.

(Fuhr, SPD: Märchenstunde!)

Im Wald kursiert das Gerücht, der Bär führe eine Todesliste. Der Hirsch fragt den Bären, ob er auf der Liste stehe. Antwort: Ja. – Am nächsten Morgen ist der Hirsch tot. Danach fragt der Fuchs den Bären: Stehe ich auch auf der Todesliste? – Antwort: Ja. – Am nächsten Morgen ist der Fuchs tot. Die Angst im Wald nimmt zu, und der Nächste ist der Hase. Der geht auch zum Bären und fragt: Stehe ich auch auf der Todesliste? – Bär: Ja. – Darauf der Hase: Kannst du mich von der Liste streichen? – Bär: Ja. –

(Beifall und Heiterkeit der CDU –
Ramsauer, SPD: Lange schallt
es im Walde noch!)

Meine Damen und Herren, da sind wir genau an dem Punkt. Ich nenne jetzt einige der Verbandsgemeinden. Ich nenne sie jetzt einfach mal „Die Hasen“. Das sind nämlich Bad Kreuznach, Stromberg, Hahnstätten, Katzenelnbogen, Neuerburg, Glan-Münchweiler, Waldmohr, Heidesheim. Diese alle würden nach den Kriterien auch auf die Liste gehören, aber sie haben einen Vorteil oder auch Nachteil – wie immer man das nennen mag –,

(Pörksen, SPD: Die hatten einen Hasen!)

sie haben allesamt einen SPD-Verbandsbürgermeister.

(Zurufe von der CDU: Oh! –
Ministerpräsident Beck: Unglaublich! –
Weitere Zurufe –
Fuhr, SPD: Thema verfehlt!)

Damit sind wir dann beim eigentlichen Thema.

(Ministerpräsident Beck: Das ist zwar schön,
aber es stimmt nicht!)

– Es stimmt. Ich darf ich in der ersten Runde vielleicht auf ein Zitat – – –

(Zuruf von der SPD: Es stimmt nicht!)

Ich darf den Herrn Ministerpräsidenten zitieren. Er hat gesagt: Es ist dummes Zeug von Leuten, die selbst keine Ahnung von Kommunalpolitik haben, zu behaupten, da werde eine Schablone über das Land gelegt. –

(Zuruf von der SPD: Recht hat er!)

– Recht hat er. Es ist in der Tat eine Schablone über das Land gelegt worden.

(Der Redner hält ein Papier hoch)

Wenn Sie sich diese Landkarte ansehen, sehen Sie, dass die Verbandsgemeinden, die auf der Todesliste stehen, weitestgehend CDU-regiert sind.

(Hartloff, SPD: Das ist doch Quatsch!)

Der zweite Teil erfolgt in der zweiten Runde.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Herr Kollege Auler, Sie haben das Wort.

Abg. Auler, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits seit der Landtagswahl 2006 diskutieren, reden, streiten wir über eine Kommunal- und Verwaltungsreform. Ich nehme für die FDP-Fraktion in Anspruch, dass wir diese Diskussion angestoßen haben.

(Ministerpräsident Beck: Oh!)

Denn wir sind damit in den letzten Landtagswahlkampf gezogen, wobei jede der Volksparteien gesagt hat, wir brauchen keine Reformen, aber nach der Wahl jeder gesagt hat, wir brauchen eine.

(Beifall der FDP –
Noss, SPD: Regierungsprogramm
der SPD!)

Es geht doch darum, dass wir in den Kommunen, insbesondere in den Verbandsgemeinden, einen größeren finanziellen Spielraum brauchen. Wir wissen, dass wir in den Kommunen erheblich überschuldet sind. Wir suchen Auswege. Natürlich spielt auch die demografische Entwicklung eine sehr große Rolle bei diesem Thema.

Wir haben im Land 163 Verbandsgemeinden und 37 verbandsfreie Städte. Ich bin sehr froh – ich glaube, da herrscht auch Einigkeit hier im Parlament –, dass die Ortsgemeinden allesamt nicht angetastet werden sollen. Ich halte das für sehr wichtig, weil die Menschen in unserem Land in den Ortsgemeinden leben. Sie leben nicht in den Verbandsgemeinden, sie leben nicht in den Kreisen, in diesen künstlichen Gebilden, sondern sie sind in ihrer Ortsgemeinde zu Hause, sie identifizieren sich mit ihrer Heimat.

(Beifall der FDP –
Frau Ebli, SPD: Jawohl, Herr Kollege!)

Wir haben große Unterschiede im Land seitens der Verbandsgemeindegrößen, einmal weniger als 6.000 und die größte mit bald 40.000, mit knapp 39.000 Einwohnern. Wir sehen also allein an diesen Zahlen, wie dringend notwendig eine Reform innerhalb der Verbandsgemeinden ist.

Dabei muss diese Reform so gestaltet werden, dass wir in Zukunft kostengünstig und natürlich effizient in den Verbandsgemeinden oder den künftigen Verbandsge-

meinden in neuen Strukturen arbeiten können und dem Bürger mehr Geld vor Ort zur Verfügung bleibt.

Die CDU hat vor wenigen Tagen gesagt, dass man seitens der Landesregierung mit der Rasenmähermethode vorgeht.

(Pörksen, SPD: Mit dem Rasenmäher!)

– Langsam, Herr Pörksen. Ich sehe es vielleicht nicht ganz so wie Kollege Schnabel, der es so gesagt hat. Ich sehe es noch ein bisschen drastischer. Mir kommt es so vor, als wenn der Rasenmäher von allein weglaufen würde und die Landesregierung aufpassen muss, dass ihr der Rasenmäher nicht über die eigenen Füße fährt.

(Heiterkeit und Beifall der FDP –
Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie, Herr Kollege Noss, haben eben Handlungsfähigkeit in den Raum gestellt.

(Hartloff, SPD: Für diejenigen, die die Verbandsgemeinden abschaffen wollen!)

Ich weiß nicht, ob die Landesregierung noch handlungsfähig ist, denn bisher haben wir so wenig vorgelegt bekommen, dass kein Mensch genau weiß, wo es überhaupt hingeht.

(Beifall der FDP)

Es wurde bisher nicht viel bewegt zu diesem Thema.

(Zuruf der Frau Abg. Ebli, SPD)

– Bitte? Es wurde bisher zu diesem Thema nicht viel bewegt, es wurde nur viel gesprochen. Das, glaube ich, kann unser Land aufgrund des engen finanziellen Spielraums nicht gebrauchen.

(Beifall der FDP)

Ich habe vor Kurzem in einer Presseerklärung gesagt, dass die Landesregierung bisher mut- und konzeptlos vorgegangen ist. Genau dieses drückt dieser neueste Vorschlag aus.

(Beifall der FDP)

Wir reden von einer Freiwilligkeit, von freiwilligen Fusionen der Verbandsgemeinden, wobei die Landesregierung nur bestimmte Verbandsgemeinden vorgibt. Ich habe auch im Internet einmal nachgesehen, wie die Verbandsgemeinden politisch geführt werden. Es ist in der Tat so, dass überwiegend nicht Ihre Partei, Herr Innenminister Bruch, betroffen ist, dass die SPD bei diesen Verbandsgemeinden überwiegend nicht betroffen ist.

(Eymael, FDP: Hört, hört!)

Sie setzen zunächst auf die Freiwilligkeit. Das halte ich für einen großen Fehler, denn niemand wird sich selbst die Beine abschneiden.

(Creutzmann, FDP: Ein Bein hat er von uns!)

Diese Freiwilligkeit wird von uns mit Sicherheit teuer erkaufte werden müssen. Wir wissen alle, dass wir uns sehr darüber freuen, dass die Fusion von Cochem und Cochem-Land, zu der wir vor Kurzem noch abgestimmt haben, zustande gekommen ist, aber wir wissen, dass wir diese Fusion auch sehr teuer erkaufte haben.

Wir werden mit der angebotenen Freiwilligkeit viel Geld in die Hand nehmen müssen, das wir nicht haben, das wir wahrscheinlich auch wieder aufnehmen müssen. Das bedauere ich sehr. Ich hätte von der Landesregierung mehr Mut erwartet.

(Glocke des Präsidenten)

Ich hätte erwartet, dass man sagt: Wir sind diejenigen, die vom Volk gewählt wurden, die Verantwortung übernommen haben, und im Rahmen dieser Verantwortung werden wir diese und jene Entscheidung treffen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP –
Hartloff, SPD: Das ist eine Vielzahl
von konkreten Vorhaben!)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Schweitzer.

Abg. Schweitzer, Harald, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hörter, es gibt einen Riesenunterschied zwischen Ihnen und den beiden anderen Fraktionen. Die FDP hat eine Konzeption. Das ist nicht unsere,

(Frau Wopperer, CDU: Gott sei Dank!)

aber über die kann man reden.

Die SPD hat ihre Konzeption heute zur Aussprache gestellt. Aber über Ihre Konzeption kann man nicht reden, weil Sie gar keine haben. Deswegen blasen Sie hier die Backen auf, um das zu vertuschen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, unsere Konzeption zeigt den Kommunen, die betroffen sind, die Handlungsnotwendigkeit auf. Sie schreibt den Kommunen aber nicht vor, wie und mit wem Sie sich zusammenschließen können. Sie sagt: Die Kooperationen sind wichtig, aber sie schreibt doch nicht vor, wie die Kooperationen funktionieren sollen.

Dies ist unser Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung, indem wir keine detaillierten Vorschriften machen,

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

sondern die Kommunen in die Gestaltung einbeziehen, sie selbst in die Freiwilligkeit einbeziehen, dass sie selbst Vorschläge machen können.

(Beifall der SPD)

Wir haben von Anfang an gesagt, dass freiwillige Lösungen für uns den Vorrang haben, weil sie auf mehr Akzeptanz stoßen. Genau dies setzt diese Konzeption um, was nicht heißt, dass damit Entscheidungen auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden.

Im Übrigen machen wir mit unserem Vorschlag auch ein ganzes Stück Mängelbeseitigung der Kommunalreform von vor 35 Jahren. Es kann mir doch heute niemand weismachen, dass es damals vernünftig gewesen ist, zwei oder drei Verwaltungen an einem Ort zu haben. Was damals nicht vernünftig war, ist heute genauso unvernünftig. Das wollen wir auch beseitigen.

(Beifall der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Wopperer, CDU)

Trotzdem will die CDU wie ein kleines Kind daran festhalten. Nun wird gesagt, das sei nicht der große Wurf. Da frage ich: Was ist denn eigentlich der große Wurf? Wenn wir 80, 100 Verbandsgemeinden plattmachen würden, wäre das der große Wurf? – Nein.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das haben Sie gesagt!)

Das ist nicht der große Wurf. Es ist auch nicht der große Wurf gefragt, sondern es ist der richtige Schritt auf dem richtigen Weg gefragt, und den machen wir mit dieser Konzeption.

(Beifall der SPD)

So, wie wir mit Bürgerbeteiligung umgegangen sind, so gehen wir nun mit der Kommunalbeteiligung um, das heißt, wir beziehen die Verbandsgemeinden und Gemeinden mit ein.

Meine Damen und Herren, ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie – – –

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss.

Herr Kollege Hörter, Sie haben nun die Möglichkeit, dies in der zweiten Runde zu sagen. Das, was Sie hier kundgetan haben, macht nur deutlich, dass die CDU reformunfähig und einfalllos ist.

(Widerspruch von der CDU)

Ihr Programm ist die Konzeptionslosigkeit.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hörter das Wort.

Abg. Hörter, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gar nicht darauf eingehen. Dafür reichen zwei Minuten weiß Gott nicht.

(Zurufe von der SPD)

Alles, was bei uns – – –

(Zuruf von der SPD: Feigling!)

Es ist müßig. Es hat gar keinen Sinn, noch irgendetwas zu erklären.

Lassen Sie mich auf einen Punkt eingehen, weil der in der ganzen Diskussion immer wieder angeführt wird, warum nämlich diese anderen Verbandsgemeinden nicht drin sind. Dafür gibt es Tausende Sonderregelungen. Diese Tausende Sonderregelungen will ich an zwei, drei Beispielen deutlich machen.

Es gibt das Kriterium Grenzlage. Das ist ein hochinteressantes Kriterium. Das ist auch so ein Fall, bei dem der SPD-Verbandsbürgermeister aus Waldmohr den Bären gefragt hat, ob er von der Liste gestrichen werde.

Wenn denn die Grenzlage zu den Nachbarländern oder -staaten ein Kriterium ist, das bei Waldmohr gilt, dann fragt man sich schon, warum gilt dies nicht für die Obere Kyll und Hillesheim; denn da ist die Grenze zu Nordrhein-Westfalen. Warum gilt dies nicht für Irrel? Da ist die Grenze zu Luxemburg. Warum gilt es nicht für Waldsee? Da ist die Grenze zu Baden-Württemberg. Warum gilt es nicht für Guntersblum? Da ist die Grenze zu Hessen.

Also kann doch nur die Erklärung, die Antwort sein, dass die Grenze zum Saarland besonders gefährlich ist,

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

dass in gewisser Weise eine Demarkationslinie gezogen werden muss, damit Waldmohr als Vorfeld der Verteidigung für die anstürmenden Saarländer gilt.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Die sind schon da!)

Das ist der eine Punkt.

Dann kommen wir zu einem zweiten Punkt, nämlich der Zurechnung ausländischer Streitkräfte. Da haben wir den Fall, dass im Kreis Kusel – – – Hier ist dann Wolfstein die einzige der sieben Verbandsgemeinden, die CDU-regiert ist. Deshalb natürlich auch gestrichen. Aber bei den anderen Verbandsgemeinden, die mehrheitlich SPD-Bürgermeister haben, wird die Einwohnerzahl der US-Soldaten zugerechnet.

(Hartloff, SPD: Das stimmt eigentlich nicht!)

Damit stellt sich wiederum die Frage, warum das nicht für Speicher gilt; denn bekannterweise sollen auch in Speicher – Stichwort Spangdahlem – ein paar Soldaten amerikanischer Streitkräfte herumlaufen.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme dann mit einem Schlusssatz zu Ende.

Ein Zitat noch. Wir werden den Teufel tun, so primitiv vorzugehen –. Auch das ist ein Zitat aus der gleichen Stelle, letztes Jahr in Guntersblum, Herr Ministerpräsident.

Ich habe den Eindruck, Sie sind genauso plump und primitiv vorgegangen. Plumper geht es wirklich nicht mehr.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Auler das Wort.

Bedenken Sie, dass Sie zwei Minuten haben. Ihr Vorgänger hat es nicht bedacht.

Abg. Auler, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass die beiden großen Parteien im Hause natürlich besonders weit auseinander liegen.

(Zuruf des Abg. Noss, SPD)

– Bitte?

(Zuruf des Abg. Noss, SPD)

– Wir sind aber jetzt im Jahr 2009.

Ich möchte für die FDP-Fraktion betonen, dass wir nach wie vor gesprächsbereit sind. Wir wissen, dass wir unbedingt eine Kommunal- und Verwaltungsreform brauchen. Wir sind nach wie vor zu einer konstruktiven Mitarbeit bereit.

Ich appelliere an beide Vertreter der großen Parteien, noch einmal zu versuchen, aufeinander zuzugehen. Bitte bedenken Sie alle, wir kämpfen für unser Land Rheinland-Pfalz. Gemeinsam würden wir dieses Projekt bewältigen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP –
Zurufe von der CDU)

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung spricht Herr Innenminister Bruch.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir war vollkommen klar, dass, wenn es soweit ist, dass die Liste vorgelegt wird, genau dieser Film abläuft, wo sind die CDU-Gemeinden, wo sind die SPD-

Gemeinden, wo sind die Freien Wähler, und wo sind die FDP-Gemeinden. Das war doch vollkommen klar.

Herr Abgeordneter Hörter, ich hätte mir gewünscht, Sie hätten mit mehr Ernsthaftigkeit vorgetragen, was Sie hier ausgeführt haben.

(Beifall der SPD)

Denn Sie kommen nicht darüber hinweg, dass die CDU in dieser Frage tief gespalten ist. Ich werde Ihnen auch sagen, wo das ist und wie das ist.

Ich ärgere mich schon, dass der Eindruck erweckt wird, es würde leichtfertig geredet und es gäbe wenig Kommunikation.

Ich muss Ihnen sagen, wir haben und ich habe in dieser Frage viele Gespräche geführt. Man kann sehr trefflich darüber streiten, dass wir eine vordringliche Liste vorgelegt haben, nicht eine abschließende Liste. Man kann trefflich darüber streiten. Hätten wir denn vorgeben sollen, wie das vor Ort aussehen soll? Ich habe davon abgeraten, weil ich der Meinung bin, dass Freiwilligkeit beinhaltet, Freiwilligkeit tatsächlich auch zu akzeptieren, wie es vor Ort formuliert wird.

(Beifall bei der SPD –
Harald Schweitzer, SPD: Das ist auch richtig so!)

Das werden wir auch tun.

Ich werde Ihnen das jetzt in sieben Punkten kurz erklären.

Vorab will ich aber noch eins sagen, die mutvollen Beiträge, die ich hier gehört habe, habe ich erwartet. Dass die FDP eine Linie hat, die ich durchaus nachvollziehen kann, ist, dass sie sagt, sie wollen eine ganz andere Lösung. Das kann ich noch begreifen.

Herr Hörter, die CDU sagt: Wir sehen ein, dass es da Strukturen gibt, aber bitte nicht so. – Dann hätten Sie in dieser Phase – wir haben oft miteinander geredet – auch einmal sagen müssen, Sie hätten sagen müssen: Wie wollen wir es denn haben, wo können wir denn mitmachen?

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Nun will ich keinen von Ihnen vereinnahmen, aber ich sage Ihnen, es gibt viele Gespräche über viele einzelne Fragen, die wir mit Ihrer Seite lösen werden.

Den Hinweis auf den Rasenmäher habe ich sehr wohl aufgenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Rasen gehört auch ein Rasenmäher. Genauso wie ich mich immer ärgere, dass man über Gießkannen schlecht redet. Die Gießkanne ist ein sehr gezieltes Instrument, wenn Sie es einsetzen. So kann auch ein Rasenmäher ein sehr gezieltes Instrument sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine erste Bemerkung. Wir machen das – ich will dies in Erinne-

zung rufen –, weil wir eine demografische Entwicklung haben. Wir werden weniger, wir werden älter, und wir werden in Zukunft eine Verwaltung haben, die anders ist als heute. Wir werden eine andere Verwaltungskraft haben. Die Bürgerinnen und Bürger, die älter werden und keine Steuern bezahlen, werden Sie nicht nur über Abgaben heranziehen können und wollen, sondern Sie werden sie entlasten müssen. Deswegen machen wir diese Veränderung.

Das Zweite ist zur Freiwilligkeit. Wir haben gesagt, die Ortsgemeinden bleiben erhalten, weil wir vor Ort Bürgerbüros brauchen. Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister sind die ersten und besten Anlaufpunkte für Bürgerinnen und Bürger, die ein Problem haben. Unbestritten. Also bleibt es so.

(Billen, CDU: Da sind wir uns einig!)

Das Zweite ist, es gibt keine Zergliederung, von uns keinen Vorschlag, eine Verbandsgemeinde da- oder dorthin aufzugliedern. Es gibt keinen Vorschlag, eine Kreisgrenze zu überwinden. Aber – das steht auch in dem Papier, und Sie haben es –, wenn es freiwillig ist, dann müssen wir auch akzeptieren – wir hier in Mainz –, dass es möglicherweise da und dort Hinweise, Beschlüsse, Bürgerbegehren oder auch Abstimmungen gibt, mit denen gesagt wird, wir wollen da oder dorthin. Dann werden wir uns dem stellen müssen, über Verbandsgemeinden und auch über Kreise hinweg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Freiwilligkeit haben die Bürgermeister sehr schnell begriffen. Ich habe auch von Ihrer Seite Terminanfragen erhalten und für die nächsten Wochen Termine vereinbart, weil viele mit mir über diese Fragen reden werden. Diese werden nicht leichtfertig abgetan. Über diese Möglichkeit gibt es viele große Lösungsansätze.

(Beifall der SPD)

Ich komme zum dritten Punkt. Sie haben über die Liste geredet. Ich habe eine lange Diskussion mit verschiedenen Leuten geführt. Wir haben uns gefragt: Wo beginnen wir? – Man kann trefflich darüber streiten, ob wir über 10.000, 12.000 oder 15.000 Einwohner reden. Diese Geschichte ist in einem Land – Sie werden morgen darüber reden –, in dem 95 % der Gemeinden unter 5.000 Einwohner haben, also kleingliedrig sind, relativ willkürlich.

Wir haben gesagt, wir wollen bei verbandsfreien Gemeinden mit 10.000 Einwohnern und 12.000 Einwohnern anhalten. Es wäre schon gut, wenn die Kolleginnen und Kollegen des Innenausschusses, die wissen, dass man ein Fallbeil nicht instrumentalisieren kann, sondern eine weiche Lösung haben muss, ernsthaft über die weiche Lösung reden.

Wir müssen auch darüber reden, dass wir eine Gemeinde im Bereich des Rhein-Pfalz-Kreises benannt haben, die knapp unter 10.000 Einwohnern liegt. Das sind keine Ausschließungsgründe. Wir unterbreiten Angebote über die Freiwilligkeit und darüber hinaus.

Es gibt historische und religiöse Bindungen. Wer will diese leugnen? Es war nicht möglich, uns darüber hinwegzusetzen. Wir haben gesagt, wir wollen das nicht. Wir wollen die Wirtschaftskraft und die Streitkräfte bedenken. Das gilt übrigens auch für Speicher.

Ich bin öfter in Speicher und weiß auch, wie der Bürgermeister dort arbeitet. Dieser arbeitet gut. Ich werde mit dem Bürgermeister und dem Nachbargemeindevorstand, der auch betroffen ist – er ist Sozialdemokrat –, darüber reden, was wir tun können.

Es wurde gesagt, wir hätten nur CDU-Gemeinden getroffen. Es gibt viel mehr CDU- als sozialdemokratisch geführte Gemeinden. Ich könnte das beklagen, wenn ich für die Partei reden würde. Ich bin aber Innenminister.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen Synergiegewinne erzielen. Wir können es uns in dieser Gesellschaft nicht leisten, in der Kostenentwicklung auf Synergiegewinne zu verzichten. Deswegen sind die Kooperation und Zusammenschlüsse wichtig, weil wir dort Sachkosten einsparen können.

Ich möchte Ihnen ein unverdächtiges Beispiel sagen. Als die Landesregierung gesagt hat, wir führen die IT-Kompetenz beim Innenministerium zusammen, haben wir gefragt, wie viele Verträge es in diesem Land nur bei Microsoft gibt. Wir haben sie zusammengeführt und eine Einsparung von 3 Millionen Euro erzielt.

(Dr. Weiland, CDU: Das war unsere Forderung!)

– Herr Dr. Weiland, das war eine Forderung aus diesem Haus. Das ist in Ordnung. Es war ein Gewinn. Ich frage mich, wo ist der Sinn, wenn es Kreise gibt, in denen es acht Wasserwerke mit acht verschiedenen Bescheiden und acht verschiedenen Softwareanwendungen gibt. Darüber muss man reden. Das ist das, was wir tun. Wir geben einen Anstoß.

(Beifall der SPD)

Herr Abgeordneter Auler hat auf die Ortsgemeinden hingewiesen. Die Gemeinden, die Umlagen zahlen, werden zuerst einen großen Profit haben, weil sich dort kostenmäßige Veränderungen ergeben werden. Man könnte die Personalverwaltung von verschiedenen Gemeinden von einer Gemeinde aus organisieren. Das geht. Man muss nur den Mut dazu haben.

Ich komme zur institutionellen Förderung.

Lieber Herr Kollege Hörter, in der Zeitung hat viel über Cochem gestanden. Ich schaue zu meinen Kolleginnen Heike Raab oder Anke Beilstein. Die institutionelle Förderung von 700.000 Euro war nicht entscheidend. Das Entscheidende war, ob wir eine Zukunftslösung im Bereich der Strukturpolitik hinbekommen. Das wird auch hier das Entscheidende sein.

Ich behaupte, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die mit uns über die Zukunft reden, werden diese Fragen erörtern müssen. Diese können wir auch erörtern. Es wird nicht so sein, dass wir uns finanziell überfordern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte eine letzte Bemerkung machen. Wir haben eine breite Bürgerbeteiligung gehabt. Wir werden eine weitere Bürgerbeteiligung haben. Das hat noch kein Land getan. Kein Bundesland hat bei Veränderungen gesagt, wir führen neun Fachkonferenzen durch. Sie waren eingeladen. Wir veranstalten Bürgerkongresse. Sie waren eingeladen. Wir machen Planungszellen. Hierzu waren sie nicht eingeladen. Ich auch nicht. Das ist geschehen.

Von daher gesehen bin ich mit dieser Entwicklung sehr zufrieden. Ich weiß auch, dass es hier und dort Probleme geben wird. Es wird auch der Minister gefordert sein. Sie können mich einladen. Ich werde kommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitglieder der Volkshochschule Frankenthal, Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse der Graf-Heinrich-Realschule Hachenburg und eine Gruppe der SPD-Fraktion anlässlich des Weltfrauentags. Seien Sie herzlich willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Neueste Entwicklungen auf dem Flughafen Frankfurt-Hahn“ auf Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/3146 –

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Eymael das Wort.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits in der letzten Plenarsitzung haben wir eine eindrucksvolle Debatte über den Flughafen Frankfurt-Hahn und die Zukunft dieses Flughafens erlebt. Es gab einen erregten Landtagspräsidenten. So kenne ich ihn nicht. Normal ist er ruhig, besonnen, bescheiden und zurückhaltend. Bei dieser Diskussion war er sehr impulsiv und mit allen Emotionen dabei.

Fakt war, dass sich alle drei Fraktionen im Grundsatz für den Flughafen Frankfurt-Hahn und dafür ausgesprochen haben, den Jobmotor weiter unterstützen zu wollen. Es geht um die Sicherung der 6.000 bis 8.000 Arbeitsplätze und, wenn möglich, um die Schaffung weiterer Arbeitsplätze. Wichtig ist, dass dieses Erfolgsprojekt weiterhin für den Hunsrück mehr Kaufkraft und Wirtschaftskraft bringt und damit erheblich zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt. Dafür sprechen auch wir uns aus. Das ist letztlich das Kind liberaler Wirtschafts- und Verkehrsminister.

Im Gegensatz zur amtierenden Regierung, die zunehmend in allen möglichen Bereichen immer mehr auf Staatsgläubigkeit setzt, erwarten wir, dass auch der Flughafen Hahn mittelfristig – es ist vielleicht auch kurzfristig möglich – wieder von einem privaten Investor erfolgreicher betrieben wird, als das in der Vergangenheit der Fall war.

(Beifall der FDP)

De facto ist es so, dass auch die Verhandlungen mit dem Land Hessen so ausgegangen sind, dass es keine Verluste mittragen wird, obwohl es mit seinen 17,5 % mitreden will und sicherlich auch im Aufsichtsrat der Flughafen GmbH vertreten sein wird. Wenn das Land Hessen tatsächlich wegen der Nachtfluggenehmigung und den Möglichkeiten des Frachtflugs insgesamt ein großes Interesse hat, hätte es sich auch finanziell beteiligen sollen. Insofern war das kein gutes Verhandlungsergebnis.

(Beifall der FDP)

Es stellt sich im Übrigen die Frage, wer die Verluste für Januar und Februar trägt, die sicherlich bei 2 bis 3 Millionen Euro liegen werden und bei der rückläufigen Passage und dem rückläufigen Frachtaufkommen aufgelaufen sind. Stattdessen wird neuerdings jede Maschine bejubelt, die neu erscheint. Wir sind bei dem Flughafen nicht mehr im Anfangsstadium. Ich halte es für ein bisschen verfehlt, dass jeder Jumbo, der kommt, neu bejubelt werden muss.

Meine Damen und Herren, außerdem macht die Ryanair im Grundsatz, was sie will. Sie hat zunächst angekündigt, im Sommerfahrplan vier weitere Destinationen anzufliiegen. Das wird auch bejubelt. Wenn aber etwas gestrichen wird, wird das nicht nach außen veröffentlicht.

Die Ryanair war zwar gegen den „Hahn-Taler“, kassiert aber bei der Gepäckaufgabe, beim Service an Bord und neuerdings auch beim Benutzen des WCs.

Meine Damen und Herren, wenn jemand Durchfall bekommt, wird er in diesem Flieger arm. Vor dem Hintergrund ist das meines Erachtens nicht gerechtfertigt. Das ist ein Ausweg. Man hätte sicherlich auch eine andere Finanzierungsmöglichkeit finden können.

Noch gravierender ist aber, dass Ryanair weiter mit umliegenden Flughäfen verhandelt, ob das Köln-Bonn oder Düsseldorf-Wesel ist. Alle Möglichkeiten werden ausgeschöpft. Das könnte sich erheblich beim Passagier- und Frachtaufkommen für den Flughafen Frankfurt-Hahn auswirken. Ryanair nutzt weiterhin seine starke Position, führt leider Gottes die Landesregierung immer wieder ein Stück weit am Gängelband und wird immer wieder mit neuen Forderungen kommen.

Ich frage mich: Wo bleibt die definitive Zusage, dass dort statt elf Maschinen 18 Maschinen stationiert werden? – Diese Zusage habe ich bisher noch nicht vernommen.

Der Minister spricht von einem Wachstumskonzept, das er in zwei Monaten vorstellen will.

Es gibt schon erste Verlautbarungen: Ein Einkaufs- und Erlebniszentrum soll am Flughafen Hahn entstehen, Gastronomie, Freizeitmöglichkeiten, Kino und Einzelhandel. Vielleicht kommt noch ein Factory Outlet Center oder ein Designer Outlet Center, vielleicht kommt ein großflächiger Einzelhandel, vielleicht kommt ein kleingliedriger Einzelhandel. Alles Mögliche ist damit verbunden. Das wird übrigens nicht vom Minister verkündet, sondern vom Geschäftsführer der Flughafen-Hahn GmbH.

Vielleicht wird sogar dieses absolute Erfolgsmodell Nürburgring 1 : 1 am Hahn umgesetzt. Wer weiß, vielleicht denkt man an solche neuen Konzepte. Ich weiß aber nicht, ob solche Konzepte mit der Region abgestimmt sind. Wir haben darüber hinaus einen hervorragenden Einzelhandel dort in der Region.

(Glocke des Präsidenten)

Es wird sich erübrigen, sich über all das Gedanken zu machen. Es wird auch alles finanziert. Ich gehe davon aus, dass der Finanzminister Aufsichtsratsvorsitzender wird. Dann hat er es nicht weit zum Liquiditätspool. Dann wird auch der Flughafen Hahn weiter gedeihen. Die Steuergelder des Staates müssen dann herhalten.

Das wollen wir eigentlich in dieser Form nicht, sondern wir setzen mehr auf private Interessen, um das in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Kollegen Hartloff das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als die Aktuelle Stunde beantragt wurde, habe ich mich schon gefragt: Was ist der Anlass, es heute wieder auf die Tagesordnung zu setzen? – Vor 14 Tagen haben wir darüber gesprochen und sehr engagiert gerungen. Wir waren uns im Kern einig, dass der Hahn vernünftig weiterentwickelt ist.

Vielleicht hängt das damit zusammen, dass der Kollege Eymael rasonieren und ein paar Plattitüden absetzen kann, wie etwa die, dass die SPD und die Landesregierung staatsgläubig wären, wenn Investitionen stattfinden.

Wenn Sie das so übersetzen, dass die Landesregierung und wir handeln, wenn es notwendig ist, und hinter Projekten stehen, auch wenn Gegenwind und schwierige Zeiten herrschen, dann kann ich sagen, ja, das machen wir, weil wir darin unsere Aufgabe sehen, Herr Kollege Eymael.

(Beifall der SPD)

Wir sind nicht nur Schönwetterflieger, wie Sie das vielleicht sind.

Der Hahn ist eines der wichtigsten Konversionsprojekte, und er ist erfolgreich. Wir sollten das auch nicht kaputt reden, auch nicht in schwierigen Zeiten.

Ja, es gab die Loslösung von Fraport. Wenn Sie sich die Eigentumsverhältnisse – wir haben das im letzten Plenum auch diskutiert – der anderen Flughäfen, nicht nur in Deutschland, sondern in Europa insgesamt, anschauen, dann können Sie feststellen, das sind in der ganz großen Vielzahl öffentliche Eigentümer.

Natürlich wollen wir, dass privatwirtschaftliche Mechanismen greifen. Ich sage Ihnen noch einmal, die Subventionen, die in das Projekt insgesamt zur Errichtung der Infrastruktur geflossen sind und fließen, damit gute Anbindungen existieren, sind gut angelegte Gelder. 8.000 bis 10.000 Arbeitsplätze, ein Rückfluss von geschätzten 60 Millionen Euro an Steuergeldern per anno, das alles sind Sachen, die sich sehen lassen können, die gut für dieses Land, gut für die Menschen im Hunsrück sind, die dort mit diesem Konversionsprojekt Arbeit gefunden haben. Daran werden wir weiterarbeiten.

(Beifall der SPD –
Vizepräsidentin Frau Klamm
übernimmt den Vorsitz)

Herr Kollege Eymael, Sie haben die Beteiligung des Landes Hessen mit 17,5 % und dass es keine Verluste tragen würde angesprochen. Sie haben gesagt, das sei schlecht verhandelt. Was wäre die Alternative gewesen? Dass Hessen aus dem Projekt ausgestiegen wäre? Wäre Ihnen das lieber gewesen? Dann sagen Sie das so. Ich meine, das Land Hessen hat aus der Situation des Frankfurter Flughafens heraus Interesse am Hahn. Hessen denkt als Land anders, nämlich längerfristig, als möglicherweise Fraport, die sehr kurzfristigen Ziele sehen.

Wir haben gut mit der Fraport zusammengearbeitet. Sollte man dann sagen, das Land Hessen solle herausgehen? – Ich meine nicht. Ich meine, es ist sinnvoll, dass das Land Hessen dabei ist.

Natürlich ist das Ziel, dass die Verluste aus dem laufenden Betrieb gesenkt werden, gar keine Frage, deshalb ist die Entwicklungsgesellschaft in Vorbereitung. Auch diesbezüglich suggerieren Sie, dass das nicht in Abstimmung mit den Menschen vor Ort passieren würde. Das Gegenteil ist der Fall. Man setzt sich im Hunsrück zusammen, um zu sehen, wie man das Umfeld des Flughafens vernünftig weiterentwickeln kann.

Ist Ihnen entfallen, dass dort eine Konferenz des Wirtschaftsministers mit dem Innenminister schon vor längerer Zeit stattgefunden hat und viele andere Konferenzen, in denen man das Umfeld mit einbezogen hat und das Umfeld in ganz überwiegender Zahl hinter dem Projekt steht, weil es weiß, dass es zukunftsträchtig ist?

Dann sind wir auch nicht irgendwo auf einer Insel, sondern bewegen uns in Konkurrenz zu anderen Flughäfen und anderen Fluggesellschaften, die alle Eigeninteressen haben. Das gilt auch für Ryanair. Ryanair ist gewachsen und jetzt meines Wissens zweitstärkste Fluggesellschaft in Europa.

Wir haben einen Partner, der Stärken hat. Wir haben im Frachtbereich eine Menge anderer Gesellschaften, die sich entwickeln. Die Loslösung von Fraport gibt sicher auch neue Perspektiven, wie man mit anderen Gesellschaften, die genauso behandelt werden wie Ryanair und andere, am Flughafen Hahn arbeiten kann.

Wenn der Hochmoselübergang gebaut und die vierspurige Verbindung da ist, sind dort auch exzellente Verkehrsverbindungen in das Rhein-Main-Gebiet und weiter darüber hinaus nach Antwerpen, in die Niederlande und nach Belgien existent. Das sind Standortvorteile, die wir beim Hahn weiterentwickeln können. Darauf können wir aufbauen, darauf setzen wir.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Herr Kollege Licht.

Abg. Licht, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Herr Hartloff, Sie haben nach der Sinnhaftigkeit dieser Aktuellen Stunde gefragt. Wenn aus der Opposition heute bei Ihnen haften bleibt, dass wir keine zweite „grüne Hölle“ wollen,

(Zurufe von der SPD –
Frau Raab, SPD: Eine schwarze Hölle!)

künftig das zwischen 15 Millionen Euro und 20 Millionen Euro liegende Defizit nicht aus dem Liquiditätspool gespeist wird und wir beim Flughafen eine transparente Entscheidung und Entwicklung einfordern, dann hat diese Aktuelle Stunde schon Sinn gemacht, dann war sie erfolgreich.

(Beifall der CDU)

Meine Damen, meine Herren, Herr Minister Hering, ich glaube – ich sage das ganz offen –, dass wir mit Ihnen durchaus, was Transparenz angeht, auf einem viel besseren Weg sind als bei Ihrem Kollegen.

Meine Damen und Herren, ich erwarte, dass jetzt kein Rückblick mehr angesagt ist, was im letzten Jahr geschehen ist. Man muss aber von einer Ausgangslage ausgehen. Diese Ausgangslage heißt: Im letzten Jahr hat es ein Defizit zwischen 15 Millionen Euro und 20 Millionen Euro gegeben. Von diesem Defizit müssen wir herunterkommen. Das müssen wir allgemein anstreben, nicht irgendeine Gruppierung, sondern das liegt in unser aller Interesse.

Das heißt, die Ziele müssen eventuell neu definiert oder alte gestärkt und neu justiert werden. Ich habe den Eindruck, dass Sie das machen.

Am Wochenende findet wieder eine Klausur statt. Das ist richtig so: nicht nur einfach hinnehmen und die Dinge auf sich zukommen lassen, sondern überlegen, wo es

gilt, neue Ansätze zu finden, und das natürlich bei jedem, der die Entwicklung dort betrachtet.

Wir alle sind froh, dass dort ungefähr die Zahl von 4 Millionen Passagieren erreicht worden ist.

(Frau Raab, SPD: Das ist ja gut,
dass Sie das einmal sagen!)

Wir alle sind auch froh, dass es eine Fluggesellschaft dort gibt, die das möglich gemacht hat. Deswegen heißt das aber nicht, dass man jedes Risiko völlig außer Acht lassen muss.

(Zurufe von der SPD)

Ich verstehe, dass Sie in der Frage vielleicht nervös sind.

(Zurufe von der SPD)

Diese Nervosität sollte in Anspannung wachsen, wie man diesem Risiko begegnen kann. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Einer dieser Aufgaben ist es, dass man am Flughafensystem festhalten muss. Deswegen sind wir durchaus froh, dass Hessen dabeigeblichen ist. Wir, vielleicht auch Sie, vielleicht auch der Minister, hätten uns das anders vorstellen können. Es ist aber so, die Hessen sind dabei.

Wir sollten an diesem Flughafensystem weiter arbeiten. Es gibt die Zusage des Ministers, also seien Sie doch gar nicht so aufgeregt auf der linken Seite. Vielleicht ist der Minister gar nicht so „links“ wie Sie, weil er immer gesagt hat, dass wir Private dabei behalten wollen oder neue Private suchen.

Das ist die Aussage des Ministers im Ausschuss. Das ist nicht meine Aussage, es ist seine Aussage, und wir begrüßen sie auch insgesamt.

Wir versuchen, am privaten Partner festzuhalten. Wir sollten auch ein sehr feines Augenmerk darauf richten, inwieweit der Frachtanteil noch zu steigern ist. Dies sind Potenziale trotz der Wirtschaftskrise. Dies sind Potenziale, die in der Vergangenheit auch mit der Fraport vielleicht nicht so genutzt worden sind, gerade weil die Fraport vielleicht andere Interessen hatte. Es gilt, in diesem Bereich eigenständig neues Potenzial zu entwickeln und es zu stärken. Dies ist ein wichtiger Faktor.

Ohne Frage muss auch weiter gedacht werden, was mit der Einnahmensteigerung außerhalb der fliegerischen Nutzung möglich ist. Dazu gibt es verschiedene Konzepte, die mit der Region zu entwickeln sind. Dazu muss ich Herrn Kollegen Eymael sagen, auch das ist nichts Neues, sondern es sind Dinge, die in der Region seit Wochen und Monaten diskutiert werden. Die Region möchte dabei mitreden, und Sie sind auch gut beraten, die Region in dieser Frage mitzunehmen.

Alles in allem liegen in der jetzigen Situation große Chancen. Man darf die Risiken nicht außer Acht lassen, sondern muss sie erkennen, damit man weiß, wie man damit umgeht. Ich meine, damit sind die gemeinsamen Dinge, die in dieser Frage festzustellen sind, auf einen guten Weg zu bringen.

(Glocke der Präsidentin)

Das sollte unsere Ausrichtung sein.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat nun Herr Wirtschaftsminister Hering das Wort.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung Rheinland-Pfalz steht ohne Wenn und Aber zum Flughafen Hahn.

(Beifall der SPD)

Dies bedeutet – ich möchte das aufgreifen, was Herr Kollege Hartloff gesagt hat –, dass wir auch in schwierigen Zeiten zum Flughafen Hahn, zu der Region und zu den Menschen stehen, die dort ihren Arbeitsplatz haben.

Ich hatte schon den Eindruck, dass nach der Debatte in der letzten Plenarsitzung Einigkeit in diesem Parlament über die getroffene Entscheidung und die Vorgehensweise geherrscht hat. Es hat Einigkeit darüber bestanden, dass es, wenn man hinter dem Flughafen Hahn und der Region steht, zu der getroffenen Entscheidung keine verantwortbare Alternative gegeben hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben Sie umfangreich im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr am 3. Februar über die Thematik informiert. Einen Tag später fand die Debatte im Landtag statt. Am 25. Februar ist der Vertrag mit dem Land Hessen geschlossen worden.

Aber ich habe mir schon die Frage gestellt: Bringt uns das Projekt Hahn substanzvoll weiter, wenn wir zwei Wochen später im Plenum erneut darüber diskutieren, ohne dass neue Fakten vorliegen und ohne dass neue Initiativen ergriffen werden? – Man kann sich schon die Frage stellen, mit welcher Motivation diese Aktuelle Stunde heute beantragt wurde.

(Pörksen, SPD: Danach kräht kein Hahn! –
Eymael, FDP: Es gibt doch jeden
Tag neue Meldungen!)

– Herr Eymael, Sie haben die Abhängigkeit von Ryanair kritisiert. Aber diese Verträge wurden vom Mehrheitsgesellschaftler Fraport geschlossen, und zwar zu einer Zeit, als Sie noch mehr Verantwortung für den Flughafen

getragen haben als andere, die sich in diesem Raum befinden.

(Beifall der SPD –
Harald Schweitzer, SPD: So ist es!
Das verdrängen sie einfach!)

Ich habe diese Verträge nicht kritisiert, weil sie ein Wachstum am Flughafen Hahn ermöglicht haben und weil sie erreicht haben, dass dieser Flughafen gewachsen ist. Dies jetzt zu kritisieren, bedeutet auch, die damalige gute Entscheidung für den Flughafen Hahn zu kritisieren. Es bedeutet zu kritisieren, diese Verträge mit Ryanair geschlossen zu haben, wohl wissend, welche Konsequenzen dies haben wird.

(Beifall der SPD –
Eymael, FDP: Ich habe doch nicht die Verträge mit
Ryanair kritisiert! Sie haben nicht zugehört!)

Die Verträge, die geschlossen wurden, beinhalten eine Gebührenvereinbarung mit Ryanair bis zum Jahr 2016. Dies war die Konsequenz, weshalb ein „Hahn-Taler“ eingeführt werden sollte. Das war die eigentliche Ursache dafür, und das muss man an dieser Stelle benennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Prioritäten sind klar: die Sicherung der Arbeitsplätze am Flughafen Hahn und dafür zu sorgen, dass weiteres Wachstum für Arbeitsplätze generiert werden kann, sodass sich auch zunehmend die Betriebsergebnisse verbessern. Mit dieser Priorität wird für uns die Verantwortung am Flughafen Hahn übernommen.

Über eines sollten wir uns in gemeinsamer Verantwortung bewusst werden. Herr Licht hat dargelegt, wir führen zahlreiche Gespräche. Dies sind nicht nur Klausurtagungen, sondern natürlich auch Gespräche mit Partnern und Firmen, die sich zukünftig am Hahn engagieren wollen. Es trägt nicht zum Erfolg bei, wenn alle befürchten müssen, dass Vertragsverhandlungen mit dem Land Rheinland-Pfalz über wichtige Strukturprojekte zwingend dazu führen, dass wenige Tage später in der Öffentlichkeit darüber berichtet wird.

Verantwortung für den Flughafen Hahn zu übernehmen heißt auch, diese Verhandlungen so zu führen, wie dies im Geschäftsleben professionell erfolgen muss. Es muss die Möglichkeit der Vertraulichkeit gegeben sein. Wir haben gesagt, wir brauchen einige Wochen, um diese Gespräche verantwortbar zu führen. Auch das gehört dazu, wenn man Verantwortung für das Strukturprojekt Hahn in Rheinland-Pfalz übernimmt.

(Beifall der SPD)

Wir sind froh über die Kooperation mit Fraport. Es gibt eine weitere Kooperation zwischen dem Flughafen Frankfurt-Hahn und Frankfurt/Main. Auch nutzen wir weiterhin Dienstleistungen der Fraport, und wir sind auch froh, gemeinsam mit dem Land Hessen die Kooperation fortzuführen.

Herr Eymael, Sie haben bedauert, dass Hessen keine Verluste übernimmt. Hessen hat schlicht und ergreifend

dieselbe gesellschaftsrechtliche Position inne, die es auch vorher innehatte. Hessen hat nie Verluste übernommen. Hessen hat sich nie dazu bereit erklärt, irgendetwelche Verluste zu übernehmen. Dies ist der Ursprungsvertrag mit Hessen.

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

– Selbstverständlich, Herr Eymael! – Der Ursprungsvertrag mit dem Land Hessen beinhaltet, dass Hessen keine Verluste übernimmt, und das ist schlicht und ergreifend so geblieben. Nichts anderes haben wir mit dem Land Hessen vereinbart.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Eymael, FDP –
Zurufe von der SPD)

Wir sind froh darüber, dass das Land Hessen auch weiterhin Partner am Flughafen Hahn ist und sich damit zur Flughafen-Kooperation bekennt, und dies werden wir auch weiterhin seriös mit Hessen betreiben, wissend, dass dies unsere Position stärkt: Wir können nun mit größerem Selbstbewusstsein auch die Interessen der Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet vertreten. Wir können sagen, dass es durchaus eine Alternative für Nachtflüge am Flughafen Hahn gibt.

Es gibt keine Notwendigkeit, Frachtflugzeuge in großem Umfang in den Nachtstunden am Flughafen Rhein-Main landen zu lassen. Wir können nun andere Alternativen anbieten, ohne Rücksichtnahme auf die Geschäftsinteressen von Fraport am Flughafen Frankfurt/Main. Dies ist ein Vorteil für den Flughafen Hahn und auch ein Vorteil für die Menschen, die in der Rhein-Main-Region leben.

(Beifall der SPD)

Es gibt zwei große Airlines, die keinen Rückgang der Passagiere zu verzeichnen haben: das ist die Turkish Airlines aufgrund einer gewissen Monopolposition, und das ist Ryanair. Es gibt in Europa nur zwei oder drei Flughäfen, die im Jahr 2009 voraussichtlich keinen Rückgang der Passagiere zu verzeichnen haben werden, und dazu zählt der Flughafen Frankfurt-Hahn. Es ist gut, dass wir diesen Partner haben, wir eng mit ihm kooperieren und ihn nicht zum Abzug vom Flughafen Frankfurt-Hahn provoziert haben.

(Beifall der SPD)

Bezüglich des Einkaufszentrums und der Möglichkeit des Retail-Geschäfts hat Sie Herr Licht über die Stimmung in der Region aufgeklärt. Es gibt einen intensiven Dialog zwischen dem Flughafen und der Region. Es gibt eine hohe Akzeptanz der Region, dass das Retail-Geschäft intensiviert werden muss und dazu eine Einzelhandelsnutzung erforderlich ist.

Die Region hat die Einsicht, dass aus den vier Millionen Passagieren mehr Wertschöpfung generiert werden muss, um die Betriebsergebnisse am Flughafen Hahn zu verbessern, dies wissend aus der klugen Erkenntnis, dass dies Arbeitsplätze in der Region und das Konversionsprojekt sichert. Deswegen werden wir in engem

Dialog mit der Region auch den Bereich des Retail-Geschäftes und andere Freizeitnutzungen zum Nutzen und zum Vorteil der Region fortentwickeln.

Das gilt auch für den Bereich Fracht. Wir werden Ihnen zeitnah diese Konzepte vorstellen. Herr Eymael, wir werden die Gelegenheit nutzen, auch in den nächsten Wochen Erfolge beim Hahn zu kommunizieren. Das ist Verantwortung, die wir zu übernehmen haben. Fraport und andere haben zeitweise für etwas schlechtere Stimmung am Hahn gesorgt. Unsere Aufgabe als Eigentümer ist es, positiv vom Flughafen Hahn zu berichten, Investoren und Kunden deutlich zu machen, dass uns mit einem guten Flughafen auch in Zeiten der Krise wirtschaftliche Erfolge gelingen. Wir werden das weiter kommunizieren und Öffentlichkeitsarbeit machen. Auch das gehört dazu, wenn man den Flughafen Hahn erfolgreich fortentwickelt.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen gesagt, wir stehen ohne Wenn und Aber zum Flughafen Frankfurt-Hahn und zu der Region. Vielleicht haben manche den Vorsatz, zu sagen, ja, wir sind auch dafür, weisen aber auf die vielen Schwierigkeiten, Probleme und Risiken hin, um dann, wenn die Risiken eventuell eintreten, zu sagen: Wir haben es immer gewusst, dass das ein schwieriges Projekt ist, dass es Probleme gibt. Ein deutliches Ja zu einem Flughafen und einem Konversionsprojekt sieht vielleicht etwas anders aus. Wir stehen ohne Wenn und Aber zu den Menschen, die dort ihre Arbeitsplätze haben.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Herr Kollege Eymael.

Abg. Eymael, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist die Frage gestellt worden, warum wir heute darüber diskutieren. Wenn jeden Tag oder jeden zweiten Tag eine neue Meldung über den Flughafen Hahn kommt, die zu Irritationen führt, dann ist es die Aufgabe der Opposition nachzufragen.

(Beifall der FDP)

Wenn dann ein Geschäftsführer von einer neuen Erlebnisregion und Einkaufsregion spricht, wo wir in der Diskussion über eine ganz andere Erlebnisregion reden und dort riesige Probleme haben, dann wollen wir im Vorfeld wissen, was dort Sache ist.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Dazu hat der Minister nichts gesagt. Es geht um 250 Hektar Entwicklungsland. Gibt es da private Investoren, oder greift der Herr Finanzminister wieder in seinen

Liquiditätspool hinein, was einfach ist, nach dem Motto: Augen zu und durch! – So wollen wir keine Politik machen, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wir wollen sinnvolle Konzepte. Dann veröffentlichen Sie diese Konzepte erst dann, wenn sie spruchreif sind, und veröffentlichen Sie keine Rohkonzepte, die niemand kennt und von denen niemand weiß, ob sie überhaupt umgesetzt werden. Das möchte ich doch in aller Deutlichkeit und Klarheit sagen.

(Beifall der FDP)

Man kann über das Ergebnis der Verhandlungen diskutieren. Aber de facto hat Fraport diesen Flughafen groß gemacht. Ohne Fraport kein Hahn, um das in aller Deutlichkeit zu sagen! Vorher hat Wayss & Freytag bei der Entwicklung des Flughafens versagt. Auch das muss man wissen. Und Fraport hat die Verluste übernommen. Fraport hat dreistellige Millionenbeträge übernommen.

Jetzt sieht es so aus, dass Sie die Verluste, nämlich 140 Millionen Euro Altschulden, übernehmen. Sie übernehmen 15 bis 20 Millionen Euro jährlich an Verlusten. Sie übernehmen die Investitionskosten, die bei 15 bis 20 Millionen Euro liegen. Rechnen Sie einmal alles aus, was das kostet. Aber Sie machen die Politik: Augen zu und durch.

(Beifall der FDP)

Das wollen wir nicht.

(Pörksen, SPD: Was wollt Ihr denn überhaupt?)

Wir wollen zumindest kritisch nachfragen. Wir spielen auch nicht mit Arbeitsplätzen. Wir wollen diese Arbeitsplätze sichern.

(Pörksen, SPD: Wie denn?)

Aber wir wollen Alternativen. Hier gibt es keine Alternativen, weil in den Verhandlungen keine Alternativen erreicht wurden.

(Beifall der FDP –
Zuruf von der SPD: Wo ist denn die Alternative?)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Kollegen Hartloff das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Kollege Eymael: Wir wollen Alternativen. – Ich habe keine von Ihnen gehört, keine!

(Beifall bei der SPD –
Eymael, FDP: Natürlich, Private! Was kam denn bei den Verhandlungen heraus? Die Reißleine ziehen kann jeder Depp!)

– Was kann jeder?

(Eymael, FDP: Die Reißleine ziehen kann jeder auf Staatskosten! So war es doch!)

– Ja, so ist das. Sie und Ihre Vorschläge hier waren eine Nullnummer, sonst nichts.

(Beifall bei der SPD –
Eymael, FDP: Wir sind doch nicht in der Regierung, Entschuldigung!)

Hier wird etwas entwickelt. Das können wir in aller Ruhe darstellen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn so viel auf den Nürburgring hingewiesen wird, so ist dazu heute auch etwas Interessantes in der Zeitung zu lesen. Herr Weiner aus Pirmasens ist dort hingefahren, eine Region, die höchste Förderungen erhält, weil es dort schwierig ist, ob Husterhöhe, andere Sachen, Verkehrsverbindungen und so weiter. Dann sagt er aber am Nürburgring: Wie hier mit den Steuergeldern umgegangen wird, das habe ich aber zu kritisieren. – Das ist die Gespaltenheit,

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU: Oje!)

immer vor Ort sagen, was passt. Die Finanzierung am Nürburgring ist transparent. Der Minister hat sie dargestellt.

(Zurufe von der CDU)

Sie wird auch weiter transparent bleiben bei einem schwierigen Projekt, bei einem Nürburgring, der europaweit und weltweit einen Namen hat, dass er hinter Neuschwanstein mit am bekanntesten ist, in Deutschland also ein Pfund, das man nicht kaputtreden sollte, bei aller Diskussion über die Sache.

Ähnliches gilt natürlich auch für das Invest auf dem Hahn, ein Projekt, zu dem mein Kollege Mertes mit so viel Herzblut gesprochen hat, weil er weiß, wie verdammt schwierig es war, aus einem amerikanischen Fliegerhorst, der brach gelegen hat, wo alle abgezogen waren, eine Wende zu schaffen,

(Bracht, CDU: Er war aber damals dagegen! –
Eymael, FDP: Er war dagegen!)

dass man dort über ein Konversionsprojekt Arbeitsplätze hinkommt.

(Beifall bei der SPD –
Bracht, CDU: Er war dagegen! –
Glocke der Präsidentin)

Weil es so verdammt schwierig war, hat er natürlich die Furcht, dass es durch dieses Gerede auch kaputt gemacht wird. Das wollen wir nicht. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Licht hat das Wort.

(Baldauf, CDU: Was ein Eigentor! Sauber!)

Abg. Licht, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Also den Herzblutpolitiker brauchen Sie in dieser Frage nicht zu beschreiben, wir kennen die Chronologie der Geschichte da sehr genau. Da möchte ich nicht mehr in die Vergangenheit zurückgehen, wo Mertes stand und welche Aussagen von Mertes heute zu zitieren wären, was diese Entwicklung angeht.

(Frau Raab, SPD: Aber Deine Worte von letzter Woche sind – – –)

– Meine sind in der Frage so glasklar.

(Widerspruch von der SDP)

Das ist überhaupt keine Frage.

(Frau Raab, SPD: Da frage ich einmal die Bürger auf dem Hahn von der Bürgerinitiative! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Die wissen sehr genau, was sie von meinen Aussagen zu halten haben. Die Union aus der Region und in der Region und hier hat immer hinter dem Flughafen gestanden. Das ist auch heute so.

Ich muss nur auch einmal deutlich machen – ich weiß mich mit dem Minister in vielen Fragen einig –, ich sehe dieses „ohne Wenn und Aber“ auch etwas kritisch. Dieses „ohne Wenn und Aber“ geht genau in die Richtung von Herrn Deubel, der im Ausschuss gesagt hat, da müssen wir einfach durch, da gab es keine Bremse und nichts mehr.

(Eymael, FDP: Ja genau! Augen zu und durch!)

Also, es gab dieses „ohne Wenn und Aber“. Es ist doch Aufgabe der Opposition, dort auch auf die Risiken hinzuweisen, ohne sie zu vergessen.

(Beifall bei der CDU –
Noss, SDP: Oberbedenkenträger! –
Hartloff, SDP: Ein lebendiges Aber!)

Das heißt doch nicht, dass wir die Chancen völlig außer Acht lassen. Das heißt das doch überhaupt nicht. Die Chancen sind ohne Zweifel dort gegeben, auch mit der B 50, die angesprochen worden ist. Da gebe ich Ihnen völlig recht. Dort werden neue Wirtschaftsräume entstehen, die den Hahn in seiner geografischen Lage noch einmal exponierter werden lassen. Da gibt es für die Zukunft eine Menge Punkte.

Das bedeutet aber doch, dass man sich dort der Risiken bewusst ist. Auf diese Probleme habe ich hingewiesen. Das macht man in der Region auch nicht anders. In der Region wurde in der Vergangenheit häufig debattiert,

nicht nur die kritischen Fragen in Richtung Frankfurt. Auch aus den heutigen Chancen, die dort erwachsen, sollten wir lernen.

(Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass man die Chancen erkennt. Aber auf die Risiken muss auch hingewiesen werden.

(Beifall der CDU –
Ramsauer, SPD: Ja, ja, als Winzer ist er gut!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Minister Hering, Sie haben noch einmal das Wort.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Eymael und Herr Licht, Grundvoraussetzung, um diese Chancen ergreifen zu können, war, dass wir vor einigen Wochen die Entscheidungen getroffen haben, die getroffen werden mussten, die Sie mit Reißleine bezeichnet haben. Sonst würden wir hier stehen und über den Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen am Flughafen diskutieren, wenn Ryanair abgezogen wäre.

(Beifall der SPD)

Das wäre die Grundlage Ihrer Entscheidung gewesen zu sagen, wir müssen um jeden Preis Private in der Mehrheitsfunktion der Gesellschaft halten. Wir haben bewusst eine andere Entscheidung getroffen, damit wir die Möglichkeit haben, die großen Chancen, die im Flughafen Hahn liegen, zu nutzen. Weil die öffentliche Hand für die Verkehrsinfrastruktur mit der B 50 und dem Hochmoselübergang Hunderte von Millionen investiert, werden wir auch die Voraussetzungen schaffen, dass diese Möglichkeiten genutzt werden.

Wir werden die Bereiche Retail und Fracht weiterentwickeln, wo der Flughafen große Potenziale hat. Wir werden mit Ryanair weiter wachsen. Wir werden Ihnen aufzeigen, dass wir in der Lage sind, andere Passagiergesellschaften am Flughafen Hahn anzusiedeln, um die große Abhängigkeit von Ryanair, die zugegebenermaßen besteht, zu reduzieren.

Wir lassen uns aber nicht treiben. Wir werden diesen Flughafen seriös Punkt für Punkt weiterentwickeln. Wenn mit entsprechenden Partnern Konzepte soweit sind, dass es sinnvoll ist, sie öffentlich zu kommunizieren, dann werden wir das tun. Bei dem Einkaufszentrum ist kommuniziert worden, was Diskussionsstand mit der Region und dem Partner Fraport gewesen ist.

Zu einem geeigneten Zeitpunkt werden wir einen geeigneten privaten Partner mit einbinden. Das geschieht dann, wenn er bereit ist, die Prioritätenliste zu akzeptieren, die für uns Richtschnur des politischen Handelns ist. Dazu gehört, die Arbeitsplätze zu sichern und für weite-

res Wachstum zu sorgen. Erst dann folgt das positive Betriebsergebnis. Dazu stehen wir. Wir wissen, wie schwierig es war, diese Tausende von Arbeitsplätzen zu schaffen. Wir werden sie nicht gefährden. Es gibt keine seriöse Alternative für den Hunsrück und für die Menschen, die dort leben. Wir werden es nicht zulassen, dass der Hunsrück noch einmal zu einer Problemregion wird.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Wir kommen zum dritten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Lehrermangel aufgrund falscher und verfehlter Personalpolitik“ auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3163 –

Ich erteile Frau Kollegin Dickes das Wort.

Abg. Frau Dickes, CDU:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer in der Privatwirtschaft nicht rechtzeitig ausbildet, wer schlechte Arbeitsbedingungen und schlechten Lohn anbietet, kann in der Wirtschaft nicht bestehen und geht bankrott. Wer eine derartig verfehlte Personalpolitik wie diese Landesregierung betreibt, der steht vor dem bildungspolitischen Bankrott.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Pörksen, SPD: Ach du grüne Neune!)

Dagegen helfen auch Beschwörungen von heute Morgen in den Zeitungen nichts, dass wir eine hervorragende Unterrichtsversorgung hätten.

Frau Ministerin, damit strafen Sie unsere Lehrerinnen und Lehrer ab und bescheinigen ihnen Ahnungslosigkeit, wenn die von 800 fehlenden Lehrerinnen und Lehrer sprechen und Sie sagen, alles sei bestens.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wir vertrauen den Lehrerinnen und Lehrern in unserem Land.

Vor diesem Hintergrund ist es unbegreiflich, dass die Landesregierung noch im vergangenen Jahr mehr als 700 Bewerber für einen Referendariatsplatz abgelehnt hat, obwohl auch Sie wissen, dass mehr als die Hälfte dieser abgelehnten Bewerber sich danach nicht mehr in Rheinland-Pfalz bewirbt. Sie können offensichtlich darauf verzichten.

Es ist unbegreiflich, wie wir angesichts eines akuten Lehrermangels Lehrerinnen und Lehrer in den letzten Jahren immer wieder zur Melkkuh des Landeshaushalts

machen konnten. Vier Jahre lang am Stück meinten Sie, Nullrunden seien das richtige Mittel, um einen Anreiz zu schaffen, bei uns im Land Lehrer zu werden.

(Hartloff, SPD: Ein Beitrag zum Sparen kommt jetzt wieder!)

Ich glaube, da haben manche die Funktionsweise von Angebot und Nachfrage nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU –
Ramsauer, SPD: Sie haben gar nichts verstanden!)

Vor diesem Hintergrund bedauere ich es sehr, dass uns unser Minister Zöllner verlassen hat. Er hat begriffen, wir wollen, dass die besten Lehrerinnen und Lehrer nach Berlin kommen und in Berlin bleiben. Das sei ihm auch Geld wert.

Es ist unbegreiflich, wie die Landesregierung einerseits dem Fachlehrermangel mit Bewerbern aus anderen Bundesländern begegnen wird – da zitiere ich aus einer Kleinen Anfrage –, aber andererseits potenzielle Bewerber gleich wieder abschreckt.

Es ist unbegreiflich, dass in Rheinland-Pfalz die Ausgaben für die Schulverwaltung in den vergangenen Jahren um fast 100 % angestiegen sind, aber die Landesregierung gleichzeitig nicht in der Lage ist, Arbeitsverträge für Lehrerinnen und Lehrer rechtzeitig ausfertigen zu lassen.

Wir haben bundesweit die höchste Ausgabensteigerung bei der Verwaltung und die schlechteste Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern. Ihre Politik trägt massiv dazu bei, dass das Ansehen der Lehrer in unserer Gesellschaft immer schlechter wird.

(Zuruf von der SPD: Ach du meine Güte!)

Lieber lassen Sie drei fachliche Laien oder noch nicht fertig ausgebildete Studenten als PES-Kräfte Unterricht vertreten, als dass Sie durch die Verbeamtung einer Lehrerkraft ab 40 einen pädagogisch und fachlich einwandfreien Unterricht garantieren. Sie entprofessionalisieren diesen Berufsstand, indem Sie den Eindruck erwecken, dass ein Lehrer von jedermann vertreten werden könnte. Wer soll da noch Respekt vor der Leistung eines Lehrers haben?

(Zurufe von der SPD)

Lehrer sind Experten für Bildung und Erziehung und sollten als solche auch wertgeschätzt und entlohnt werden.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD)

Katastrophal ist die Situation im Vergleich zu den Nachbarbundesländern. Hessen verbeamtet bis zum 50. Lebensjahr und besoldet auch seine Hauptschullehrer mit A 13. Baden-Württemberg zahlt 800 Euro zusätzlich für Referendare an den berufsbildenden Schulen. Berlin zahlt seinen angestellten Lehrern einen Aufschlag von

1.200 Euro monatlich. Nordrhein-Westfalen gruppiert seine angestellten Lehrer gleich um ein bis zwei Erfahrungsstufen höher ein.

Was diese Vielzahl von Maßnahmen konkret bedeutet, ist ein monatliches Gehaltsplus von 300 Euro bis 1.200 Euro für die gleiche Arbeit. Es ist kein Wunder, dass uns dabei so langsam die Lehrer ausgehen.

Frau Ministerin, Sie fordern eine bessere Abstimmung der Bundesländer untereinander. Mich würde interessieren, was diese bewirken soll. Eine Gehaltsangleichung am unteren oder oberen Ende der Skala? Eine Verbesserung oder Verschlechterung der Arbeitsbedingungen? Vertrauen Sie doch lieber stattdessen auf die Konkurrenz der Ideen. Das wird Geld kosten, und zwar mehr als bisher. Das ist gut angelegt und im Übrigen bei Weitem seriöser als auf einem Nummernkonto bei einer Liechtensteiner Bank, wie es übliche Praxis bei dieser Landesregierung ist.

Danke.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich begrüße weitere Gäste, und zwar Schülerinnen und Schüler der Regionalen Schule in Weilerbach.

Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Frau Kollegin Brede-Hoffmann das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Dickes, es wäre schön gewesen, wenn Sie uns nach dieser flammenden Rede gesagt hätten, wie viel Geld Sie vorgeschlagen hätten, wahrscheinlich dreistellige Millionenbeträge. Die Summe hätte man allerdings seriös im Haushalt absichern müssen und nicht so, wie Sie es bei den zurückliegenden Haushaltsberatungen gemacht haben, indem man meint, man könne heute einen Pensionsfonds verfrühstücken, also das, was unsere Kinder und Enkel zu bezahlen hätten. Das war hochgradig unseriös.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich habe von Ihnen und auch von Herrn Keller davor noch keinen einzigen Satz dazu gehört, wie das, was Sie uns erzählt haben, finanziert werden könnte.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Herr Kollege Bracht, ich habe am vergangenen Freitag Herrn Kollegen Baldauf sehr aufmerksam zugehört und gehört, was er uns zum Thema „Sparen“ und was wir nicht mehr ausgeben sollen, erzählt hat.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Ich habe das Mikrofon. Ich bin immer noch lauter als Sie. Glauben Sie es mir. Ich kann da auch relativ intensiv hineinschreien.

Frau Kollegin, ich will Ihnen als Allererstes erzählen, wie das 1990 ausgesehen hat, als die CDU Bildungspolitik im Land gemacht hat. Ich will Ihnen auch erzählen, wie es heute aussieht.

Zwischen 1990 und dem Jahr 2008 haben wir die Ausgaben für Schulen prozentual zu den Gesamtausgaben des Landes von 14,23 % auf 24,96 % gesteigert.

(Beifall bei der SPD)

– Mit dem Beifall bitte warten, weil die Zahlen noch viel besser werden.

Die Personalausgaben für Schulen

(Bracht, CDU: Viel miesere
Ergebnisse als heute!)

– Sie können mich noch lauter schreien lassen – stiegen im Verhältnis zu den Gesamtpersonalausgaben des Landes von 30,31 % auf 53,54 %.

(Bracht, CDU: Die Schule ist doch viel
schlechter geworden!)

– Herr Kollege Bracht, wenn Sie meinen, dass das zu wenig sei, und Sie wissen, wo das Geld ist, dann machen Sie endlich einmal einen konstruktiven Vorschlag und erzählen Sie uns nicht irgendetwas vom Pferd, was Sie bis jetzt immer getan haben.

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Die Schule ist schlechter
geworden, obwohl Sie viel
Geld ausgeben!)

Frau Kollegin Dickes, machen wir es doch weiter. Wie sah die Situation im Jahr 1991 aus, was die Referendariatsplätze in diesem Land anging, wohlgermerkt bei nicht geringeren Schülerzahlen, als wir das jetzt in diesem Jahr haben? Wir hatten weniger als 1.000 Referendariatsplätze in diesem Land für alle Schularten inklusive der berufsbildenden Schulen. In diesem Jahr sind es mehr als 2.600 Stellen.

(Bracht, CDU: Und trotzdem haben Sie
kein Problem gelöst!)

Das ist nahezu eine Verdreifachung.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Herr Bracht, Sie gehen mir auf die Nerven.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

In diesen Jahren der Regierung der SPD – und wohlgermerkt einige Jahre zusammen mit der FDP – haben wir mehr als 1.200 Seiten- und Quereinsteiger in die Schule gebracht. Herr Kollege Bracht, dieses Instrument ist

keinem von Ihnen auch nur im Traum eingefallen, als Sie hier Verantwortung trugen.

(Ramsauer, SPD: So ist das! –
Frau Spurzem, SPD: Herr Oberlehrer!)

Meine werten Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den zurückliegenden Jahren in diesem Schulsystem jede frei werdende Stelle neu besetzt und mehr als 5.000 zusätzliche Stellen in das System unserer Schule hineingebracht. Um einen solchen Anteil hat in der Bundesrepublik kein anderes Bundesland die Stellen erhöht, Frau Kollegin Dickes. Vielleicht können Sie das auch einmal nachrechnen.

(Frau Pepper, SPD: Ach lieber nicht!)

Frau Kollegin, in unserem Bundesland haben wir in den zurückliegenden Jahren den Anteil unserer Studienbewerberinnen und -bewerber nicht zuletzt daher, weil es im Land Rheinland-Pfalz keine Studiengebühren gibt, über alle Maßen ausweiten können. Das hat aber genau wie in den anderen Bundesländern nichts daran geändert, dass es Fächer wie Chemie, Physik, Elektrotechnik, Musik und Kunst gibt, die in allen Bundesländern und daher bedauerlicherweise auch bei uns in Rheinland-Pfalz sehr mager besetzt sind. Dennoch haben wir in Rheinland-Pfalz in diesem Jahr alle Bewerberinnen und Bewerber für die Fächer Physik und Chemie, die sich um einen Referendariatsplatz beworben haben, eingestellt. Herr Kollege Bracht, es waren keine anderen Bewerberinnen und Bewerber mehr da, die einen solchen Platz haben wollten. Aber erfreulicherweise sind sie in den Universitäten und werden in den nächsten Jahren auf unserem Arbeitsmarkt sein.

(Glocke der Präsidentin)

Bemühen wir uns gemeinsam, indem wir das nicht kaputtreden, darum, dass sie dann auch im Land Rheinland-Pfalz arbeiten wollen und nicht von Reden wie von Ihnen, Frau Dickes, abgeschreckt werden, in diesem Bundesland arbeiten zu wollen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich darf als weitere Gäste im Landtag Bürgerinnen und Bürger aus Holzheim sowie Schülerinnen und Schüler des Beruflichen Gymnasiums Mainz, BBS I, begrüßen. Herzlich willkommen hier im Landtag!

(Beifall im Hause)

Herr Kollege Kuhn, Sie haben das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lehrermangel infolge einer falschen und verfehlten Personalpolitik, da habe ich heute Morgen am Früh-

stückstisch erst einmal gerätselt und das mit meiner Frau besprochen, wie das sprachlich zu verstehen sei, wenn etwas falsch ist, ob es dann auch verfehlt ist. Sie meinte, verfehlt ist dann, wenn man daneben schießt, aber im Grundsatz das Ziel treffen will. Aber wenn es von vornherein falsch ist, dann ist es auch verfehlt. Das sprachliche Rätsel hat sich mir bis jetzt noch nicht gelöst. Aber ich will einmal ernsthaft werden.

(Dr. Weiland, CDU: Worüber sich manche Leute beim Frühstück unterhalten!)

– Wenn es schon um Bildung und um Lehrerfragen geht, dann sollte man sich vielleicht auch ein bisschen mehr Mühe bei der Formulierung geben, aber gut.

Wenn wir dieses Thema angehen, dann sollten wir das nicht so tun, wie es hier bisher praktiziert worden ist. Das sollte man ein bisschen grundsätzlicher und seriöser angehen.

(Beifall des Abg. Bauckhage, FDP)

Meine Damen und Herren, in der Tat haben wir deutschlandweit – das muss man nun einmal sagen – ein Problem. Wir haben Lehrermangel in Deutschland. Das wird in den Medien auch so kommuniziert. Es ist in der Tat nicht nur ein Problem in Rheinland-Pfalz. Wir müssen das nach Fächern differenzieren. Wir haben in der Tat immer noch große Probleme im Bereich von Mathematik und Naturwissenschaften, in der Tat auch deutschlandweit und nach Schularten. Natürlich haben berufsbildende Schulen besonders große Probleme, in der Tat auch deutschlandweit.

Es gibt Verantwortlichkeiten. Natürlich gibt es die Verantwortung des Landes Rheinland-Pfalz durch seine Schulpolitik für die Unterrichtsversorgung. Davon kommen wir auch nicht weg. Wir haben natürlich auch Verantwortung über die Landesgrenzen hinweg. Das heißt also, alle Bundesländer in diesem föderalen System sind aufgerufen, sich seriös, aber auch mit Engagement mit diesem Problem auseinanderzusetzen. Es gibt sehr komplexe Ursachen. Es ist nicht so, dass dieser Zyklus bei bestimmten Nutztieren jetzt einfach auf den Lehrerberuf und die Einstellung von Lehrern zu übertragen wäre. Seit Jahrzehnten wird das beobachtet. Es ist in der Tat nicht einfach. Das heißt nicht, dass es nicht zum Teil auch planbar ist und man initiativ werden kann. Dazu werde ich noch etwas sagen.

Es gibt die Frage der Altersstruktur. In der Tat ist es richtig, dass wir in Rheinland-Pfalz sogar eine positive Altersstruktur im Vergleich zu anderen Bundesländern haben. Es ist aber ein Problem. Es geht um das Problem der Mehreinstellung. Frau Brede-Hoffmann, ich würde mich gar nicht auf die Millionen versteifen. Es ist doch nicht eine Frage der Millionen, sondern es geht darum, dass wir zu wenig Lehrer haben und zu wenig junge Leute, die das Lehramt studieren.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sie wollen sie doch überall einkaufen!)

Das ist unser großes Problem. Es ist nicht in erster Linie das Problem der Planstellen. In den letzten Jahren wur-

de ganz massiv eingestellt. Auch in Rheinland-Pfalz ist massiv eingestellt worden. Dann kennen wir auch die Situation in Nordrhein-Westfalen, in Hessen und in anderen Bundesländern. Das verändert natürlich auch den Lehrermärkte bundesweit. Da geht es natürlich um materielle Interessen. Da geht es um materielle Anreize. In der Tat ist es so, dass der eine oder andere Anreiz da ist, nicht in Rheinland-Pfalz ins Lehramt zu gehen. Aber ich warne auch vor überhöhter Darstellung. Wir hatten am Freitag ein Gespräch mit dem Deutschen Philologenverband. Die haben das nicht so gesehen. Also diese Spannweite, die Sie aufgezeigt haben, ist, wenn man sie genauer hinterfragt, wohl auch nicht so. Da muss man als Bundesland natürlich aufpassen, dass nicht andere die Anreize setzen und wir hinterherlaufen. Da muss man natürlich aufpassen. Das haben wir oft genug gesagt.

Dann haben wir auch diese Abwerbekampagne aus Baden-Württemberg, die die Gemüter erregt. In der Tat sehe ich es als Aufgabe der Kultusministerkonferenz, wenn wir schon von Bildungsföderalismus reden, dass auch die Länder in der Lage sind, sich zu koordinieren und diesen Wettbewerb eben nicht einzugehen, sondern dass man sich koordiniert und allgemein für den Lehrerberuf wirbt. Das sollte in der Tat auch Aufgabe der Kultusministerkonferenz sein, gemeinsam und abgestimmt vorzugehen, für den Lehrerberuf zu werben und das Lehrerbild positiv zu beeinflussen. Das ist das A und O. Da gibt es einen erheblichen Nachholbedarf.

Wir müssen gemeinsam über Anreize nachdenken. Es gibt Modelle, wie man gerade den Bedarf an Lehrern in Mathematik und Naturwissenschaften besser decken könnte, die in der Vergangenheit große Erfolge erzielt haben. Es gibt diese Modelle, die man deutschlandweit auch wieder ins Leben rufen müsste. Das ist Aufgabe der Kultusministerkonferenz. Wie ich gehört habe, sind diese Vorschläge von der Kultusministerkonferenz – Aussage Deutscher Philologenverband – abgebügelt worden.

(Glocke der Präsidentin)

Es gibt also Handlungsbedarf hier im Land. Es gibt aber auch Handlungsbedarf bundesweit. Wenn wir über dieses Thema reden, dann bitte nicht immer so in kleinem Karo, sondern das sollte man seriös machen und sich auch der deutschlandweiten Problematik nicht verschließen.

Danke.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Ahnen das Wort.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Obwohl das nach dem Redebeitrag von Frau Abge-

ordneter Dickes nicht ganz leicht ist, versuche ich trotzdem, mich diesem etwas sachlicheren Ton, der jetzt Eingang gefunden hat, anzuschließen. Frau Abgeordnete Dickes, ich habe wirklich eine herzliche Bitte an Sie. In Ihrem Redebeitrag war eine solche Anzahl von Vermischungen, falschen Aussagen und falschen Bezügen, die hergestellt worden sind, dass es meines Erachtens auch einfach gut tun würde, wenn Sie versuchen würden, in dieser Debatte einmal das eine oder andere Argument aufzunehmen.

Ich werde Ihnen das gleich an einer ganzen Reihe von Beispielen aufzeigen. Im Grundsatz sind wir alle bereit zu unterstellen, dass es um das ernsthafte Bemühen geht, eine gute Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

(Pörksen, SPD: Wie kommen Sie darauf?)

Zumindest ist es das Bemühen der Landesregierung. Mit Ihrem Redebeitrag haben Sie aber mit Sicherheit keinen Beitrag dazu geleistet.

(Beifall der SPD)

Es ist unangenehm, über Fakten zu reden. Ich verstehe, dass das für Sie unangenehm ist.

Setzen wir uns einmal mit Ihrem ersten Punkt auseinander, das sei alles hausgemacht und daran sei allein das Land Rheinland-Pfalz schuld. Man muss noch nicht einmal in andere Bundesländer reisen, sondern man muss nur hin und wieder eine überregionale Zeitung lesen,

(Pörksen, SPD: Die muss man aber lesen!
Das ist Voraussetzung!)

in der man Überschriften lesen kann, die lauten: Bayern: Es darf keine krank oder schwanger werden. – Hessen: Lehrermangel größte Schwierigkeit für Gymnasium. – Lehrermangel in Nordrhein-Westfalen, Lehrermangel in Niedersachsen sorgt für heftigen Streit usw. – Ein rheinland-pfälzisches Problem kann das also wirklich nicht sein. Ich werde Ihnen sogar noch belegen, dass das in Rheinland-Pfalz weniger ein Problem ist – ich sage nicht, dass es nicht ein Problem ist –, aber es ist weniger ein Problem als in den eben genannten Bundesländern. Das zum Ersten.

Schauen Sie sich zum Zweiten – von Frau Bredehoffmann ist schon darauf hingewiesen worden und Herr Kuhn ist darauf auch eingegangen – die Einstellungszahlen der vergangenen Jahre an. Wir haben pro Jahr ungefähr 1.500 Lehrkräfte eingestellt. Nehmen Sie – ich nenne Ihnen die Quelle, während Sie in der Regel nicht die Quelle für Ihre Behauptungen nennen –

(Pörksen, SPD: Die hat doch keiner!)

den Bundesbildungsbericht 2008 zur Hand. Das sind keine Zahlen aus Rheinland-Pfalz, sondern es handelt sich um eine bundesweite Darstellung. Schlagen Sie dann im Anhang die Statistik auf, in der dargestellt ist, wie es sich mit der Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer in den Ländern verhält. Ich sage Ihnen vorweg, was Sie da finden werden: Da werden Sie bei den Leh-

rerinnen und Lehrern unter 30 Jahren finden, dass sich der Bundesdurchschnitt auf 3,1 % beläuft, während er sich in Rheinland-Pfalz auf 7,2 % beläuft, womit Rheinland-Pfalz Platz 1 einnimmt. Dann werden Sie bei den Lehrerinnen und Lehrern im Alter von 30 bis 40 Jahren für Rheinland-Pfalz eine Quote von 26,6 % finden. Auch hier steht Rheinland-Pfalz vor allen anderen Bundesländern. Wir haben die jüngsten Kolleginnen und Kollegen, weil wir in den vergangenen Jahren kontinuierlich eingestellt haben. Das ist ein Verdienst auch dieser Landesregierung.

(Beifall der SPD)

Wir binden Absolventinnen und Absolventen mit einem flexiblen Instrumentarium an unser Land. Wir stellen zum Teil schon im Vorgriff auf den 1. August zum 1. Februar ein, damit die jungen Lehrerinnen und Lehrer eine Chance haben, hierzubleiben. Wir geben vorab Einstellungszusagen, wenn es um Bedarfsfächer geht. Wir nehmen schulscharfe Ausschreibungen vor. All das sind Instrumentarien, die in den vergangenen Jahren entwickelt worden sind, um die Lehrerinnen und Lehrer an unser Land zu binden.

Ich füge das hinzu, worauf Frau Brede-Hoffmann schon hingewiesen hat: Was sagen Sie denn zu den Steigerungen zwischen 2000 und 2008 in den Studienseminaren von 50 % und in den gymnasialen Studienseminaren von sogar über 90 %? Wie verhalten Sie sich dazu? Jetzt wird in diesem Bereich noch einmal aufgestockt. Man kann dem Land Rheinland-Pfalz wahrlich nicht den Vorwurf machen, dass es nicht in den Vorbereitungsdienst massiv investiert und dort massiv einen Schwerpunkt gesetzt hat. Ja, das war einer unserer Schwerpunkte. Aus meiner Sicht ist das ein besonders lohnenswerter Schwerpunkt.

(Beifall der SPD)

Es hat überhaupt keinen Sinn, undifferenziert mit den Zahlen der Lehramtsstudierenden umzugehen. Wir haben eine Verantwortung gegenüber den jungen Menschen. Wir haben bundesweit und auch in Rheinland-Pfalz – ich sage das ganz deutlich – Mangelsituationen. Wir haben aber keinen flächendeckenden Mangel. Deshalb darf auch nicht das falsche Signal ausgesendet werden, es sei völlig egal, welches Lehramt und welches Fach man studiere, da man schon eine Stelle bekommen werde. Nein, es kommt darauf an, welches Lehramt man studiert – BBS-Lehramt und großer Bedarf im Bereich der Gymnasien –, und es kommt auf die Fächerkombination an. Das gilt insbesondere für die Naturwissenschaft, für die Informatik und ähnliche Fächer.

Wir müssen den jungen Menschen differenziert Auskunft geben. Da müssen wir aber ein Weiteres tun: Wir müssen sie auch um räumliche Flexibilität bitten; denn die Situation in unserem Land ist bei Weitem nicht in allen Regionen gleich. Sie müssen also differenzierte Informationen erhalten, damit das am Ende auch etwas bewirkt.

Frau Abgeordnete Dickes, eine Passage in Ihrem Beitrag fand ich besonders bemerkenswert. – Könnten Sie mir vielleicht Ihre werte Aufmerksamkeit schenken? – Sie sehnen sich also den Herrn Kollegen Zöllner wieder

zurück nach Rheinland-Pfalz. Sie wissen, ich schätze den Kollegen sehr und arbeite mit ihm wahnsinnig gern zusammen. Als Beleg dafür bringen Sie dann aber, er würde jetzt seinen angestellten Lehrern in Berlin bis zu 1.200 Euro mehr bezahlen. Sie wissen aber doch sicher auch, dass es bei ihm eine Initiative gibt, dass die Lehrkräfte eigentlich verbeamtet werden wollen, dem das Land Berlin aber nicht folgt. Ihre bisherige Linie im Landtag war doch die, dass wir verbeamteten sollen. Das machen wir auch.

(Beifall der SPD)

Insofern vergleichen Sie Dinge miteinander, die wirklich überhaupt nichts miteinander zu tun haben.

(Beifall der SPD)

Das finde ich an dieser Debatte so merkwürdig. Sie vermischen alles miteinander, behaupten irgendetwas und geben eigentlich auf nichts eine Antwort. Vielleicht kann man als Oppositionspolitikerin so vorgehen – allerdings habe ich da meine Zweifel –, aber für eine Verantwortungsübernahme ist das Verhalten sicherlich nicht geeignet.

Sie haben wortwörtlich die Behauptung aufgestellt, in Rheinland-Pfalz würden die Lehrerinnen und Lehrer bundesweit am schlechtesten bezahlt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir diese Statistik herüberreichen würden, weil ich mich mit ihr gerne differenziert auseinandersetzen würde. Ich gehe davon aus, dass Sie eine Statistik haben; denn sonst hätten Sie diese Behauptung nicht in den Raum gestellt.

(Pörksen, SPD: Wie kommen Sie darauf?)

Mir ist eine solche Statistik nicht bekannt. Ich wäre Ihnen aber dankbar, wenn Sie sie mir im Anschluss an das Plenum überreichen, damit wir differenziert über die Situation diskutieren können.

(Frau Spurzem, SPD: Die gibt es nicht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir machen eine ganze Menge im Land. Eines machen wir aber nicht.

(Zuruf von der SPD: Abwerben!)

– Ja, das machen wir nicht, aber das wird im Moment in unseren Nachbarbundesländern gemacht.

Herr Kollege Banzer – damals in Hessen noch Kultusminister – ist hingegangen und initiierte zum letzten Sommer eine Abwerbeaktion, weil er gesagt hat, er brauche jetzt plötzlich Lehrer. Das hat er gemerkt. Wir haben nicht plötzlich gemerkt, dass wir Lehrer brauchen, sondern wir haben das in einer mittelfristigen Planung aufgezeigt.

Noch bemerkenswerter ist aber, dass die Aktion nicht supererfolgreich gewesen zu sein scheint. Jetzt gibt es die neue Kollegin Dorothea Henzler. Sie stammt von der FDP. Es ist erlaubt, da andere Positionen einzunehmen. Die verbreitet über die „FAZ“ einen Aufruf, die Länder

sollten ganz, ganz schnell mit dem Abwerben von Lehrerinnen und Lehrern aus anderen Ländern aufhören.

(Pörksen, SPD: Recht hat sie!)

– Recht hat sie.

(Beifall der SPD)

Ich vermute aber, dass sie sich von ihrem Haus hat informieren lassen. Da wird man ihr gesagt haben: Das war damals nicht so eine gute Idee. Das mussten wir dringend machen, weil wir ein bisschen Aktivität zeigen mussten.

Jetzt wird es noch interessanter. Mit dem Kollegen Rau aus Baden-Württemberg habe ich zu Schuljahresbeginn im vergangenen Jahr im „SWR“ eine Stunde lang diskutiert. Da schimpfte er über den Kollegen Banzer aus Hessen. Ich hätte mich das niemals getraut. Ich war viel zurückhaltender. Er sagte, das gehe so nicht und sei alles eine Unverschämtheit. Das könne man nicht machen.

Dieser Kollege plakatiert jetzt in der Republik, er brauche Lehrer. In dem Brief, den er uns geschrieben hat, teilt er uns mit, es sei jetzt eine andere Situation eingetreten. Er wolle das auch nicht sehr lange machen, aber für zwei bis drei Jahre brauche er das jetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir von Nichtplanungen und Fehlplanungen und von Schaumschlägerei reden, weiß ich, wo ich die verorten muss, aber mit Sicherheit nicht im Land Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD)

Eines darf ich noch hinzufügen: Ganz besonders erfreut war ich über den Vorschlag der Bundesbildungsministerin. Sie meinte – da müssen Sie sich vielleicht auch einmal abstimmen –, es würde uns immens helfen, wenn wir mit der Wirtschaft reden und stundenweise Ingenieure in die Schule holen würden. Ich meine, es ist für eine Schule ein Ereignis, wenn jemand aus einem Unternehmen in die Schule kommt und dort erzählt, was er macht, und vielleicht auch erzählt, wofür man Mathematik, Physik und Chemie braucht. Das ist super. Darüber würde ich gerne noch viel mehr Vereinbarungen mit den Unternehmen in unserem Land schließen. Es ist aber eine merkwürdige Form von Schule, wenn man glaubt, dass man dadurch planmäßigen Unterricht ersetzen kann. Frau Dickes, wenn Sie über eine Entprofessionalisierung des Lehrerberufs reden, setzen Sie sich einmal mit Ihrer Bundesbildungsministerin auseinander. Das scheint mir ein merkwürdiges Verständnis von Schulpolitik zu sein.

(Beifall der SPD)

Ich sage nicht, dass wir keine Probleme haben. Auch wir haben lehramtsspezifisch und fächerbezogen Mangelsituationen.

Deswegen haben wir eine ganze Reihe von Initiativen ergriffen. Ich bin froh, dass wir sie frühzeitig ergriffen haben und auch nicht aufhören. Da, wo Weiteres erforder-

lich ist, wie z. B. zusätzliche Seminarplätze im Gymnasium, ist gehandelt worden und wird auch in Zukunft gehandelt werden.

Nur eines sage ich Ihnen: Vernünftig und nachhaltig kann man nur handeln, wenn man die Zusammenhänge in ihrer Komplexität sieht und sich zur jeweiligen Zeit bemüht, die richtigen Signale zu geben. Das Allerwichtigste, das wir in dieser Frage brauchen, ist Konstanz und keine erneuten Zyklen, die völlig ausschlagen und uns wieder vor die Probleme stellen, die wir in Rheinland-Pfalz durch eine konsequente Einstellungspolitik über fast 20 Jahre wirklich in den Griff bekommen haben. Dass wir bei der Altersstruktur bundesweit Platz 1 sind, ist sogar etwas, worauf ich absolut stolz bin.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die CDU-Fraktion hat noch einmal Frau Kollegin Dickes das Wort.

Abg. Frau Dickes, CDU:

Frau Brede-Hoffmann, ich stehe hier im März 2009 und nicht im Jahr 1990.

(Pörksen, SPD: Was, 1990? Sie sehen aber so aus!)

Deswegen stehe ich vor den heutigen Problemen. Es bringt uns wenig, 19 Jahre immer wieder zurückzuschauen. Heute wollen wir etwas lösen.

(Beifall der CDU)

Heute haben wir in Rheinland-Pfalz den letzten Platz bei der Lehrer-Schüler-Relation, heute haben wir in Rheinland-Pfalz den vorletzten Platz bei den Bildungsausgaben, und heute haben wir den letzten Platz bei der Besoldung. Vielleicht sollten Sie einmal mit dem VBE reden. Das sind wieder die Lehrer, die keine Ahnung haben.

(Frau Spurzem, SPD: Wie ist die Statistik denn?)

Heute sagt uns die Deutsche Bank, dass die Verwaltungsausgaben bei der Bildung in den letzten zehn Jahren um fast 100 % gestiegen sind. Heute sagt uns die Deutsche Bank ebenfalls, dass wir bei der Steigerung der Lehrerbeseoldung ganz weit hinten liegen.

(Pörksen, SPD: Wir wollen den Seppel wieder haben! – Heiterkeit und Beifall der SPD)

Ja, wir haben nicht die Probleme in der Altersstruktur. Herr Pörksen, vielleicht liegt es aber an Ihrem Alter. Wir haben in der Tat nicht die Probleme mit der Altersstruktur in Rheinland-Pfalz. Aber warum haben wir denn die Probleme in Niedersachsen? Das ist die verfehlte Politik der SPD, die jahrelang nichts eingestellt hat.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben die gleichen Probleme in Hessen, und das war auch eine andere Landesregierung.

Wir begrüßen, dass Sie mehr Gymnasialreferendare ausbilden. Das war unsere Forderung. Insofern sind wir froh. Aber auch gerade da haben wir einen besonders hohen Nachholbedarf. Wenn ich mir jetzt einmal eine Kleine Anfrage an Sie aus dem Ministerium ansehe, dann kommen gerade im Gymnasialbereich, z. B. in Physik und Chemie, 55 % der Bewerber aus anderen Bundesländern, was Sie immer bestreiten.

(Keller, CDU: So ist es!)

Frau Ministerin, wenn ich in überregionale Zeitungen hineinschaue, dann lese ich dort, dass die Vertreter der Gymnasiallehrer in Baden-Württemberg den Schwarzen Peter vor allem in Rheinland-Pfalz sehen: Die holen die Baden-Württemberger noch vor ihren eigenen Leuten. – Frau Ministerin, das steht in überregionalen Zeitungen.

(Glocke der Präsidentin)

Vielleicht sollten wir wahrnehmen, dass es bundesweit ein Problem gibt, aber wir für Rheinland-Pfalz zuständig sind. Deswegen können Sie sich nicht hinter dem Bund verstecken.

(Glocke der Präsidentin –

Beifall der CDU –

Ministerpräsident Beck: So ein dummes Zeug zu reden!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Frau Kollegin Brede-Hoffmann, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Dickes, Sie vermögen es in der Tat, uns noch zu erstaunen, wobei ich fürchte, wir werden uns an diese Art des Erstaunens gewöhnen.

(Zuruf von der SPD: Müssen!)

– Müssen.

Frau Kollegin, Sie haben uns in Ihrer ersten Rederunde wortwörtlich erklärt, wie toll es in den anderen Bundesländern ist, und wir sollten es bitte auch so machen. Dann könnten wir deren Lehrer auch bekommen, denn uns gingen ja so langsam die Lehrer aus.

Jetzt haben Sie uns in dieser Runde erklärt, wie furchtbar es sei, dass in der Tat in Rheinland-Pfalz Lehrerinnen und Lehrer, die ursprünglich aus Baden-Württemberg stammen oder dort ihre Examina gemacht haben, bei uns arbeiten. Sie müssen mir vielleicht nächster in einem privaten Gespräch noch einmal erläutern, wie ich diesen Widerspruch zusammenbekomme.

Ich kann Ihnen eins sagen: Wir haben kontinuierlich aus dem – ich nenne es jetzt, wie es war – Elend, das Sie

uns bildungspolitisch hinterlassen haben, als wir die Regierung übernommen haben, indem wir jedes Jahr zusätzliche neue Planstellen in das System gebracht haben, indem wir jedes Jahr versucht und zum größeren Teil auch vollzogen haben, Referendariatskapazitäten auszubauen, den Stand des Jahres 2009 erreicht. 98,3 % Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen, deutlich über 100 % an den Grundschulen.

Wir haben in diesem Jahr – Frau Ministerin hat darauf hingewiesen – neue Seminarplätze für Gymnasialauszubildende geschaffen. Wir haben auch in diesem Haushalt erneut 190 zusätzliche Stellen eingebracht, nachdem wir in den beiden zurückliegenden Jahren 460 zusätzliche Stellen untergebracht haben.

Wir haben unsere Studierenden, soweit sie von rheinland-pfälzischen Universitäten kamen, in den Naturwissenschaften zu 100 % mit Referendariatsplätzen versorgen können. Wir sind, soweit es uns gelingt, Studierende aus anderen Bundesländern dazu zu bekommen, bei uns das Referendariat zu machen, auch in der Lage, diese mit Referendariatsplätzen in den Naturwissenschaften zu versorgen.

(Glocke der Präsidentin)

Ich weiß nicht, was Sie noch alles erwarten. Aber Sie sollten Ihre eigenen Widersprüche erst einmal mit sich selbst klären. Dann könnten wir mit Ihnen vielleicht auch produktiv weiter diskutieren.

(Glocke der Präsidentin)

Danke schön.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Somit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde und kommen zu **Punkt 2** der Tagesordnung:

Wahl eines ordentlichen berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 15/3083 –

Vorgeschlagen sind a) Willi Kestel, Präsident des Landgerichts Mainz, und b) Jörg Hoffmann, Vizepräsident des Oberlandesgerichts in Zweibrücken.

Wer dem Vorschlag, Willi Kestel zu wählen, zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen! – Das war einstimmig. Somit wurde er gemäß § 5 Abs. 1 des Landesgesetzes über den Verfassungsgerichtshof einstimmig gewählt. Eine Zweidrittelmehrheit wäre erforderlich gewesen.

Vielen Dank.

Wir kommen zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

**Landesgesetz zu dem Zwölften Rundfunk-
änderungsstaatsvertrag
Gesetzentwurf der Landesregierung**
– Drucksache 15/3116 –
Erste Beratung

Es wurde eine Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart.

Herr Kollege Haller. – Entschuldigung. Zunächst die Begründung durch die Landesregierung. Entschuldigung, Herr Ministerpräsident.

Beck, Ministerpräsident:

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir legen Ihnen heute mit dem Gesetz zur Verabschiedung des Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrages ein Regelungswerk vor, das in der Tat so etwas wie einen Aufbruch beinhaltet, einen Aufbruch in die digitale Welt im Bereich von Fernsehen, Radio und Telemedien.

Anlass dieser Regelung war zum einen, dass diese neue Technologie ansteht, wir eigentlich schon mittendrin sind, zum Zweiten, dass wir seitens der Generaldirektion „Wettbewerb“ der Europäischen Union mit einem Beihilfeverfahren überzogen worden sind, wobei man der EU-Kommission gegenüber anerkennend sagen muss, dass es auch Beschwerden gab, die Grundlage dieses Beihilfeverfahrens gewesen sind.

Es war unsere Aufgabe, die der rheinland-pfälzischen Landesregierung und in Vertretung der sogenannten B-Länder, also der unionsgeführten Länder, unserer bayrischen Kollegen, diese Herausforderung mit der Europäischen Kommission aufzuarbeiten. Mein damaliger Kollege Edmund Stoiber und ich, die Chefs der Staatskanzleien und die Fachreferenten haben dies versucht. In einem nicht ganz einfachen Verfahren, einer Vielzahl von Gesprächen, wurde letztendlich ein Kompromiss gefunden, der sich jetzt in dem Ihnen vorgelegten Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrags auch widerspiegelt. Auf die Einzelheiten werde ich in aller Kürze noch eingehen.

(Vizepräsident Schnabel
übernimmt den Vorsitz)

Es geht dem Grunde nach um die Präzisierung des Auftrages von ARD und ZDF für digitale Fernsehprogramme, Telemedien, aber auch um die Verankerung eines Verfahrens für die Beauftragung mit neuen oder veränderten Telemedien.

Es geht um die klare Trennung kommerzieller Tätigkeit von den Betätigungen im Auftragsbereich, also im eigentlichen Sektor des öffentlich-rechtlichen Auftrags, sowie um eine Verbesserung der Kontrolle in einer sehr vielfältigen Weise.

Bei diesen Vorgaben hat die EU-Kommission Deutschland auf der Grundlage des Amsterdamer Protokolls

zum EU-Vertrag über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen Gestaltungsspielraum zugebilligt. Es zeigt sich, dass es gut war, dass es damals – die Verantwortung hat noch Bundeskanzler Helmut Kohl getragen; wir konnten als Land Rheinland-Pfalz zusammen mit anderen diese Verhandlungen begleiten; auch damals war Bayern mitbegleitend – gelungen ist, diese Protokollnotiz zu verankern, weil wir uns ohne sie sehr schwer getan hätten, mit einer rein wettbewerbsrechtlichen Betrachtung der Thematik zurechtzukommen.

Der Gestaltungsspielraum, der so entstanden ist, ist in diesem Staatsvertrag alles in allem in vertretbarer Weise genutzt. Natürlich hätten wir selbst manches anders und einfacher geregelt. Aber wir haben uns an unterschiedlichen Rechtspositionen, EU-Recht, Wettbewerbsrecht und den dortigen Regelungen der Fernsehrichtlinie, die sich teilweise wieder auf diesen Staatsvertrag beziehen, weil sie noch nicht neu Rechtskraft haben, Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und eigenen, also den Spielregeln in Deutschland und den Spielregeln früherer Rundfunkstaatsverträge, zu orientieren.

Ich komme nun zu den Regelungsbereichen dieses Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrags. Zunächst ein Wort zur Begriffsbildung, weil es von ganz hoher Bedeutung ist, dass wir von gleichen Begrifflichkeiten ausgehen. Das ist übrigens eine große Problematik bei der Erörterung telekommunikativer Regelungen auf der europäischen Ebene. Begriffe werden unterschiedlich ausgefüllt. Deshalb müssen wir versuchen, kompatibel zu sein.

Im Hinblick auf die Umsetzung der revidierten Fernsehrichtlinien, also dessen, was europäisch audiovisuelle Mediendienstrichtlinie genannt wird, werden bereits jetzt Begriffsbildungen angepasst. Wir greifen auf die Entwürfe schon zu. Umgekehrt sind Regelungen, wie wir sie für notwendig halten, in diese Überlegungen eingeflossen. Darin zeigt sich, dass es gut und hilfreich ist, dass wir nicht nur über diese wettbewerbsrechtlichen Fragen mit Frau Kommissarin Kroes in einem ständigen Kontakt sind, sondern auch mit Frau Kommissarin Reding. Es gibt ein gutes und vernünftiges Miteinander. Das spiegelt sich jetzt in diesen Abläufen wider.

Für uns war es immer wichtig – das war auch immer Übereinstimmung in diesem Hohen Hause –, dass wir das, was unter den Rundfunkbegriff zu subsumieren ist, auch unter diesen Rundfunkbegriff eingeordnet wissen wollen; denn ansonsten wären die wettbewerbsrechtlichen Bedingungen deutlich übergreifender, nämlich die kulturbezogenen, und damit wären die gesamten Zuständigkeitsfragen, wie wir sie zwischen EU, Bundesrepublik und Ländern geordnet haben, infrage gestellt, weil die Wettbewerbsfragen immer durchgreifend wären.

Insoweit haben wir den Rundfunkbegriff definiert und die Definition eines Rundfunkprogramms und einer Rundfunksendung vorgenommen, auch in der digitalen Welt.

Schließlich geht es bei den Begriffsbestimmungen darum, dass eine Umschreibung der Kategorien Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung vorgenommen worden ist, auch diese Grundsäulen dessen, was uns wiederum die Rechtfertigung für diesen öffentlich-

rechtlichen Auftrag und seine Grundorganisationsformen gibt, vom Bundesverfassungsgericht im Frühjahr dieses Jahres, pardon, des letzten Jahres entsprechend bestätigt, was diese Grundpositionen in die digitale Entwicklung hinein überträgt.

Schließlich geht es um die Frage und das Stichwort „Beauftragung für Fernsehprogramme“. Die Beauftragung für Fernsehprogramme soll nach dem Staatsvertrag auch weiterhin unmittelbar durch den Gesetzgeber erfolgen. Damit nehmen wir ein klares Wort auf, das das Bundesverfassungsgericht gesprochen hat und das in einem Entwurf aller drei Fraktionen dieses Hohen Hauses, den ich heute gelesen habe, ausdrücklich mit in einer Entschließung beinhaltet ist, die noch zum Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag gewollt ist. Aber ich schlussfolgere daraus, dass diese Grundpositionierung der Zuständigkeit der Landesparlamente von großer Bedeutung ist. Die Landesregierung sieht es auch so und hat ausdrücklich die Kompetenzen entsprechend verankert.

Der Staatsvertrag listet hierzu im Übrigen alle Fernsehangebote von ARD und ZDF ausdrücklich auf. Die jeweils drei digitalen Spartenprogramme, die ARD und ZDF zugebilligt werden, sind in der Anlage zum Staatsvertrag durch entsprechende Programmkonzepte unterlegt, sodass wir nicht eine leere Hülse miteinander vereinbaren müssen, sondern klar ist, welchen Kerngehalt diese digitalen Kanäle, die dem öffentlich-rechtlichen Sektor Fernsehen zugeordnet sind, beinhalten und beinhalten dürfen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Debatten, die hierzu zu Recht geführt worden sind. Man will wissen, was man sich einhandelt. Sie erinnern sich, dass das auch nicht irgendein Durchwinken gewesen ist, weil beispielsweise das, was unter dem Stichwort „Familienkanal“ im Bereich des ZDF diskutiert worden ist, angehalten, neu durchdekliniert und durchdefiniert worden ist, bevor man seitens der verhandelnden Landesregierungen zugestanden hat, dass man dies unter diese digitalen Kanäle zuordnen darf.

Meine Damen und Herren, ein Wort zum Auftrag im Hörfunk, weil nicht nur Fernsehen, sondern auch Hörfunk von dieser digitalen Entwicklung und den neuen Regelungen betroffen ist.

Es sind die Hörfunkangebote der ARD und des Deutschlandradios betroffen. Dabei haben wir Wert darauf gelegt, dass die bisher bestehenden Obergrenzen – Obergrenzen unter Bezug auf die Zahl der Programme, die angeboten werden – beibehalten werden. Das ist deshalb wichtig, weil wir unter Bezug auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – die vorletzte dazu – dann, wenn wir Programme zulassen, zwangsläufig auch die Finanzen hinzufügen müssen.

Also muss man versuchen, über unsere Kompetenz einen Rahmen zu setzen. Die Dinge müssen so eingegrenzt werden, dass nicht zwangsläufige Kosten nur noch umgelegt werden können, weil wir auf die Größenordnung – wiederum nach der letzten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – nur begrenzt Einfluss nehmen dürfen.

Insoweit ist das bedacht. Ich glaube, es ist auch mit den richtigen Konsequenzen festgehalten.

Lediglich dem Deutschlandradio wird ein weiteres digitales Programm ermöglicht. Ich finde, das ist vor dem Hintergrund der Aufgabenstellung dieses im Übrigen werbefreien Radioprogramms oder der Radioprogramme angemessen. Das Programmkonzept hierfür ist ebenfalls dem Staatsvertrag beigelegt, sodass auch hier nicht eine Blackbox sozusagen eingekauft wird.

Zusätzliche Hörfunkprogramme der ARD und des Deutschlandradios im Internet sind nur nach Maßgabe des sogenannten Drei-Stufen-Tests zulässig. Darauf will ich in den Bedeutungen und Wirkungen noch einmal eingehen. Es müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein, bevor man dort die Angebote im Internetsektor ausweiten kann.

Ein Stichwort weiter ist, über den Auftrag der Telemedien zu sprechen.

Die Neuregelung der Beauftragung von ARD, ZDF und Deutschlandradio für Telemedien entspricht den Forderungen der EU-Kommission nach einer weiteren Präzisierung in diesem Bereich. Die Beauftragung umfasst den Abruf von Sendungen, sendungsbezogene Telemedien, nicht sendungsbezogene Inhalte, wobei hier eine Abgrenzung zu Diensten, die die Presse anbietet, vorgenommen wird.

Sie wissen, dass einer der zentralen Punkte der Auseinandersetzung um diese Regelungen gewesen ist: Können Telemedien die Angebote, die im digitalen Bereich neu gemacht werden, von dem, was die Printmedien anbieten, ausreichend abgrenzen?

Es hat eine Vielzahl von Gesprächen mit den Printverantwortlichen gegeben. Wir haben uns am Ende auf einen Vorschlag verständigt, den ich bei einem dieser Gespräche einbringen konnte, dass es nämlich einen Beirat oder eine Runde unter Beteiligung aller Mitwirkenden, nämlich der öffentlich-rechtlichen, privaten und elektronischen Medien und Printmedien, gibt und eine Schlichtungskommission entsteht, die Vorschläge zu der Verträglichkeit zwischen den unterschiedlichen Interessen machen kann.

Das ist keine völlig neue Konstruktion, die wir gefunden haben. Als die entsprechenden Textangebote im Bereich des Fernsehens eingeführt worden sind, sind ebenfalls solche Fragen der Interessen der Printmedien auf den Tisch gekommen. Damals ist eine ähnliche Regelung in Kraft getreten, wie sie auch jetzt wieder wirkt. Ich glaube, dass das eine vernünftige Regelung ist.

Darüber hinaus geht es auch um Fragen der Archivnutzung, und zwar der Nutzung des Kapitals, das in den Archiven ruht und in den Bilanzen einen bestimmten Wert hat. Wenn wir bestimmte Nutzungen in Abgrenzung wiederum zu anderen Interessen und zu urheberrechtlichen Fragen hinbekommen, werten wir diese Archivbestände in ihrem realen Wert auf.

Verehrte Damen und Herren, im Einzelnen werden bestimmte Arten von Sendungen, zum Beispiel Sport, als

ein viel umstrittenes Wirtschaftsgut als Sendeinhalt, zeitlichen Begrenzungen unterworfen. Der Abruf von Sendungen sowie sendungsbezogener Telemedien nach Ablauf von sieben Tagen und der Abruf von nicht sendungsbezogenen Telemedien, also Stoffen, die nicht auf eine schon ausgestrahlte Sendung Bezug nehmen, ist stets nur nach Durchführung eines sogenannten Drei-Stufen-Tests zulässig.

Worum geht es bei dem Drei-Stufen-Test? Der Staatsvertrag enthält die materielle und verfahrensrechtliche Vorgabe für die Durchführung des Drei-Stufen-Tests zur Präzisierung des Auftrags im Bereich der Telemedien. Das Verfahren wird maßgeblich von den Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bestimmt, wobei externer Sachverstand hinzuzuziehen ist und hinzugezogen werden kann.

Im Rahmen der Prüfung der vorgelegten Angebotskonzepte geht es um folgende Prüfungsschritte. Es geht darum, inwieweit das Angebot den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht. Es muss sich, wenn man so will, um einen gemeinnützigen Mehrwert handeln. Dieser ist abzuprüfen.

Es geht darum, in welchem Umfang durch das Angebot in qualitativer Hinsicht zum publizistischen Wettbewerb beigetragen wird. Das ist eine Regelung, um die wir sehr gerungen haben, weil es uns nicht darum gehen kann, dass neue Kanäle digital möglich sind und um einen Bereich geworben wird, der von Privaten intensiv genutzt wird, um Werbung zu platzieren. Diese Abgrenzung wollen wir schon. Es muss um einen inhaltlich qualitativ vernünftigen Bereich gehen, wenn der Drei-Stufen-Test erfolgreich abgeschlossen werden soll.

Es geht darum, welcher finanzielle Aufwand für das Angebot erforderlich ist. Es muss eine Angemessenheit vorhanden sein.

Meine Damen und Herren, dazu ist zu sagen, dass wir mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auch einvernehmlich sind, dass durch diese Angebote, die zuerst der qualitativen Untersuchung unterliegen müssen, weder in der laufenden noch in der kommenden Gebührenperiode eine Rechtfertigung entsteht, bei der KEF zusätzliche Gebührenerhöhungen zu beanspruchen. Ich finde, das ist schon eine weitgehende Absicherung.

Der Drei-Stufen-Test kommt darüber hinaus auch im Bereich der Hörfunkangebote im Internet sowie bei der Überführung des Bestandes an Telemedien zum Tragen. Dieser Test muss ebenfalls durchgeführt werden, wenn das, was im analogen Bereich an Programmteilen vorhanden ist, in den digitalen Bereich übertragen und dort angewandt werden soll.

Es geht darüber hinaus um das Stichwort „Abgrenzung zwischen kommerzieller Tätigkeit der Beteiligungen der Sender an Töchtern, Enkeln und sonstigen Artverwandten“, die man sich oft selber geschaffen hat. Es geht um die Kontrolle. Gerade darauf hat die Europäische Kommission auch entscheidend Wert gelegt. Es gab auch immer Übereinstimmung, dass das Transparenzgebot

sichergestellt und eine ausreichende Kontrolle vorhanden ist.

Eine tief greifende unterschiedliche Position hatten und haben wir wahrscheinlich dem Grunde nach mit der Europäischen Kommission hinsichtlich des staatlichen Einflusses und der staatlichen Kontrolle. Hier haben wir in Deutschland eine völlig andere Vorstellung, als dies am Anfang in die Diskussionen eingebracht worden ist.

Diese Kontrollen gliedern sich im Wesentlichen wie folgt: Es bleibt bei der Rechtsaufsicht, die jeweils von einem der Bundesländer wahrgenommen wird. Darüber hinaus haben in massiver Weise – Stichwort: Drei-Stufen-Test – die Gremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten zusätzliche Verantwortung übertragen bekommen.

Drittens ist das Transparenzgebot einer klaren Abgrenzung auch in den haushaltsrechtlichen Darlegungen der Sender sicherzustellen. Die Rechte der Rechnungshöfe, auch bei Töchtern von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten prüfen zu dürfen, sind fest verankert.

Das hat für Rheinland-Pfalz keinen besonderen neuen Bezug, weil dies im ZDF-Staatsvertrag verankert ist. Im SWR-Staatsvertrag haben wir dies mit Baden-Württemberg verankert, als wir den SWR gegründet haben. Das ist durchaus nicht bundesrepublikanisch. So weit gehen die Regeln, wie wir es jetzt in dem Rundfunkstaatsvertrag angehen.

Mit diesen Regelungen soll auch eines vermieden werden, dass es nämlich unzulässige Quersubventionierungen zwischen dem öffentlich-rechtlichen gebührenfinanzierten Teil des Tätigseins und dem Teil, der in wirtschaftliche Bereiche hineinreicht und mit oder ganz durch Werbung oder Sponsoring finanziert ist, gibt. Auch das ist eine Wettbewerbsregel, die Wettbewerbs- und Chancengleichheit für die unterschiedlichen Marktteilnehmer in diesem Segment sichern soll.

Außerdem wird in diesem Zusammenhang die Beteiligung von ARD, ZDF und Deutschlandradio an Unternehmen geregelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die finanziellen Auswirkungen der veränderten Bestimmungen zum öffentlich-rechtlichen Auftrag sind ebenfalls geklärt. Ich habe darauf hingewiesen, dass gebührenerhöhende Tatbestände daraus nicht abgeleitet werden können. Insoweit ist dies auch ein Auftrag, die Effizienz der bisherigen Arbeit in den Rundfunkhäusern erneut zu überprüfen und diese Zusatzaufgabe „aus dem eigenen Fleisch“ zu bedienen.

Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass es sich um eine genauso wichtige wie komplexe schwierige Materie handelt, die wir miteinander zu regeln haben. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass wir unter den obwaltenden Umständen in diesem Spannungsverhältnis völlig unterschiedlicher rundfunkrechtlicher Regelungen, wie wir sie in den EU-Mitgliedstaaten und dazu noch den föderalen Strukturen in Deutschland haben, und den unterschiedlichen Interessen, die sich hier vielfach begegnen, sowie dem zentralen Interesse, das wir haben müssen, nämlich den Bürgerinnen und Bürgern ein

gutes und bezahlbares Fernseh-, Radio- und Telemedienprogramm zu bieten, einen vertretbaren Weg gefunden haben.

Erlauben Sie mir abschließend ein Wort an dieser Stelle zu einem Mann, der gestern offiziell verabschiedet worden ist, nämlich dem bisherigen Abteilungsleiter in der Staatskanzlei, Herrn Dr. Drewitz.

Ich will die Gelegenheit dieses Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrags nutzen und daran erinnern, dass er in der Verantwortung von Bernhard Vogel daran beteiligt war, den Ersten Rundfunkstaatsvertrag überhaupt auszuhandeln und jetzt sozusagen die zwölfte Tochter auf den Weg gebracht worden ist.

Dazwischen lagen die gesamten Entwicklungen des sogenannten Urknalls in Ludwigshafen und der Geburt des dualen Systems.

(Bauckhage, FDP: Über Nacht!)

Dazu gehörten die Ausweitungen der ARD, eine sehr große Ausweitung der privaten Angebote und die entsprechende Regelung der Landesmedienanstalten oder wie immer sie auch heute heißen.

Dazu gehörte die Vereinheitlichung des Rundfunksystems nach der Deutschen Einheit, eine nicht selbstverständliche Entwicklung, die aus der völlig anderen Erfahrungswelt in dieses föderal organisierte System zu vollziehen war. Dazu gehört jetzt sozusagen zum Abschluss seiner Tätigkeit der rechtliche Einstieg in das digitale Zeitalter und die Öffnung von neuen medialen Perspektiven.

Ich will auch in diesem Parlament ihm ein besonders herzliches Wort der Anerkennung und des Dankes sagen.

(Beifall im Hause)

Das haben gestern bei der Verabschiedungsfeier die Repräsentanten des öffentlich-rechtlichen und des privaten Rundfunks, seine Kolleginnen und Kollegen und die Chefs der Staatskanzleien, aber auch Repräsentantinnen und Repräsentanten des Hohen Hauses, Frau Kohnle-Gros, Frau Pepper und andere mehr, deutlich werden lassen. Ich finde, dieser Dank war angebracht und angemessen.

Ich will Sie darüber informieren, dass ich im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei und in entsprechender Kenntnisnahme des Kabinetts gestern die Entscheidung herbeigeführt habe, dass Herr Dr. Hammann, bisher stellvertretender Abteilungsleiter, diese Aufgabe in Zukunft übernehmen wird.

Ich bedanke mich herzlich.

(Beifall der SPD und bei CDU und FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich das Wort weitergebe, darf ich als Gäste auf der Zuschauertribüne

Schülerinnen und Schüler der 12. Klasse der BBS Wirtschaft Koblenz begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Der Ordnung halber teile ich Ihnen mit, dass wir über die Grundredezeit hinaus jeweils noch 15 Minuten Redezeit haben.

Das Wort hat Herr Kollege Haller.

Abg. Haller, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der Verabschiedung des Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrags wird das politische Tauziehen um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privatwirtschaftlicher Anbieter im Internet zumindest vorläufig beendet.

Lange ist es her, dass eine medienpolitische Diskussion in Deutschland und darüber hinaus, vorgetragen – wie es der Ministerpräsident schon erwähnt hat – durch die Generaldirektion „Wettbewerb“ der EU-Kommission, ähnlich kontrovers geführt wurde. Da warfen sogar manchmal die sogenannten Qualitätsmedien die journalistische Objektivität über Bord.

Herr Präsident, ich zitiere mit Ihrer Genehmigung. Die Zeitungen titelten wie folgt: Die „Süddeutsche Zeitung“ am 3. April 2008: Unfaire Mittel. – Am 15. April 2008: Ungebremste Expansion. „Kölnischer Stadtanzeiger“ titelte: Überzogene Forderungen. – Am 4. September 2008: Einseitige Nachrichten in eigener Sache. –

Die Öffentlich-Rechtlichen beteiligten sich natürlich auch an rundfunkpolitischen Horrorszenarien. Es war die Rede von „Kampagnenmacher der Zeitungsverlage“ und „Strippenzieher der Medienpolitik“, die mit ihren Attacken im Internetkampf ARD und ZDF sturmreif schießen und dann schließlich und letztendlich zu Nischenprogrammen machen wollten.

Meine Damen und Herren, was aber treibt Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, ARD und ZDF zu diesen apokalyptischen Untergangsszenarien? – Es sind der Wettbewerb und die Sicherung von Medienmarktanteilen in der digitalen Welt des World Wide Web.

Begonnen hat alles 2002, als sich der Verband Privater Rundfunk und Telemedien, kurz VPRT, bei der Europäischen Kommission darüber beschwerte, dass ARD und ZDF Inhalte kostenlos im Internet anbieten. Das mache ihre eigenen werbefinanzierten Angebote unattraktiv, zudem verzerren Rundfunkgebühren sowieso als Beihilfe den Wettbewerb, argumentierten sie im dann sogenannten VPRT-Verfahren.

ARD und ZDF waren der Meinung, dass sie genau mit diesen Aktivitäten natürlich nur ihren Auftrag erfüllten. Außerdem argumentierten sie damit, dass viele Inhalte sowieso schon für Radio- und Fernsehprogramme erstellt wurden und es nur sehr wenig zusätzlich kostet, diese Inhalte auch im Internet zur zeitsouveränen Nutzung anzubieten.

Dabei – jetzt kommt eines meiner absoluten Lieblingsargumente der Öffentlich-Rechtlichen – sei es für ARD und ZDF besonders wichtig, dass via Internet jüngere Zielgruppen erreicht werden könnten, die vor allem über das klassische Fernsehen nicht mehr so wie früher zu erreichen sind.

Hier sei mir die Bemerkung als junger GEZ-Zahler und bekennender Fan des öffentlich-rechtlichen Fernsehens gestattet: Durch entsprechende Programmgestaltung ist wahrscheinlich noch mehr zu erreichen.

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Schöner Schleimer!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, diese Bemerkung ist selbstverständlich meine absolute Privatmeinung, zugleich aber soll sie auch ein Bekenntnis zur Staatsferne der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbieter sein, ein Bekenntnis, das in diesen Tagen der Hinterzimmermauschlei auf der anderen Rheinseite wichtiger ist denn je.

(Eymael, FDP: Na! Na! Na! Es wird
überall gemauschelt! –
Pörksen, SPD: Woher wissen Sie das denn?)

Es hat seinen Grund, warum wir ARD und ZDF nicht aus Steuergeldern finanzieren, sondern über das oft naiv belächelte Modell des Gebühreneinzugs. Es hat sich auch jemand etwas dabei gedacht, ARD und ZDF als Anstalten des öffentlichen Rechts zu gründen, statt sie als Außenstellen von irgendeinem Ministerium hochzuziehen und dann Peter Hahne als Pressesprecher einzustellen.

Das Prinzip, das über all dem steht, heißt Staatsferne und Unabhängigkeit. Sie sollen garantieren, dass unsere, von der Allgemeinheit finanzierten Kanäle nicht von den Regierenden vereinnahmt werden. Das Problem ist nur, die hehren Ziele werden von der CDU und ihrem Zeremonienmeister Koch gerade gewaltig auf die Probe gestellt.

(Beifall der SPD)

Herr Baldauf, ein Bekenntnis der CDU Rheinland-Pfalz zur Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wäre hier und heute ein wichtiger Schritt, um weiteren Schaden vom Ruf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks abzuwenden.

(Beifall der SPD –
Harald Schweitzer, SPD: Sehr gut! –
Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Ich komme auf den Staatsvertrag zurück. Die VPRT-Beschwerde hat die EU-Kommission im April 2007 mit einer Entscheidung beendet, die maßgeblich von den hier anwesenden Personen, Herrn Ministerpräsidenten Beck und dem Chef der Staatskanzlei und – ich erlaube es mir auch zu sagen – der medienpolitischen Legende, Herrn Dr. Drewitz, in unzähligen Sitzungen mitgestaltet wurde. Ihnen ist es gelungen, eine der wesentlichen kulturellen Errungenschaften Deutschlands, geboren aus den Erfahrungen des Dritten Reichs mit seinen gleich-

geschalteten Medien zu erhalten und zukunftsfähig zu machen: den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Sie haben geholfen, der Argumentation der EU und der interessengeleiteten Privatwirtschaft zu widersprechen, dass Medienunternehmen Wirtschaftsbetriebe seien, wie Unternehmen aus x-beliebigen Branchen. Meine Damen und Herren, nein, unsere Medienlandschaft in Deutschland ist eine kulturelle Errungenschaft, eine Erfolgsgeschichte, die es in die digitale Ära zu übertragen gilt.

Der jetzt gefundene Kompromiss sieht, wie im Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag festgehalten, eine Präzisierung in vier Bereichen vor und beinhaltet Gestaltungsmöglichkeiten:

1. Die Konkretisierung des Auftrags von ARD und ZDF für digitale Fernsehprogramme und Telemedien.
2. Die Verankerung eines Verfahrens für die Beauftragung mit neuen oder veränderten Telemedien.
3. Die klare Trennung kommerzieller Tätigkeiten von Betätigungen im Auftragsbereich.
4. Eine verbesserte Kontrolle.

Ganz konkret sieht der Vertrag bezüglich der Online-Aktivitäten von ARD und ZDF vor, Sendungen dürfen nur sieben Tage im Netz bleiben, Großereignisse und Bundesligaspiele z. B. nur 24 Stunden. Zusätzliche Angebote müssen strikt sendungsbezogen sein, ausgeschlossen sind damit z. B. Anzeigenportale, kommerzielle Spiele, Musikdownloads, Partner- oder Tauschbörsen.

(Pörksen, SPD: Was?)

Neue und bestehende Internetangebote müssen zudem durch einen Drei-Stufen-Test. Dort wird geprüft, ob diese digitalen Angebote einen publizistischen Mehrwert haben und welcher finanzielle Aufwand dafür erforderlich ist.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine Errungenschaft der Demokratie, die im föderalen System ein hohes und schützenswertes Gut darstellt.

Der Grundversorgungsauftrag, den Hörfunk und Fernsehen für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten haben, umfasst die Herstellung und Verbreitung entsprechender Programme als Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung. Ein kleines Beispiel aus jüngster Vergangenheit verdeutlicht, dass hierzu vor allem Qualitätsjournalismus gehört.

Die Aufregung um den falschen zusätzlichen Vornamen des neuen Bundeswirtschaftsministers Karl-Theodor von und zu Guttenberg und dessen berufliche Vita – hat er Erfahrung in der Wirtschaft, oder hat er keine, wo hat er sie erlangt – hat in Deutschland eine breite Diskussion über die Recherchequalität der Journalisten in Bezug auf Internetquellen ausgelöst. Ein Fälscher, der sich mittlerweile auch zu seiner Tat bekannt hat, hat den Online-Enzyklopädie-Eintrag über den Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg absichtlich geändert. Von etablierten

deutschen Medien wie „SPIEGEL ONLINE“, dem „Handelsblatt“, der „Süddeutschen Zeitung“ und der „BILD-Zeitung“ wurden diese falschen Angaben unkontrolliert übernommen.

Den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist genau dieser Fehler nicht unterlaufen. Er wurde sogar sehr schnell aufgedeckt. Medienmagazine wie „Zapp“ hatten diese Informationen sehr schnell hinterfragt und zum Gegenstand intensivster Recherchen gemacht. Meine Damen und Herren, genau dies ist die Qualität, wie wir sie als Parlament auch benötigen. Hätten wir diese Qualität nicht, würden wir auch heute noch glauben – wahrscheinlich auch die Damen und Herren der CDU –, dass der neue Bundeswirtschaftsminister „Wilhelm“ heiße.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses Beispiel verdeutlicht, wir brauchen die Öffentlich-Rechtlichen und ihre Qualitätsstandards gerade auch im Internet.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Dr. Weiland.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was sollen, was können und was dürfen ARD, ZDF und Deutschlandradio? – ich denke, dies sind die Kernfragen des Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrags. Die Antworten, die in diesem Staatsvertrag gegeben werden, kann man ernsthaft nicht beurteilen, ohne zumindest einmal kurz einen Blick auf das Umfeld der Diskussion zu werfen, aus dem diese Antworten hervorgehen und hervorgehen müssen. Zu diesem Umfeld gehören Akzeptanzprobleme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, was seine Finanzierung angeht, und dies in einer Intensität, in der sie in der Geschichte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bisher nach meinem Eindruck nicht bekannt gewesen sind. Immerhin reden wir über ein Finanzvolumen für ARD, ZDF und Deutschlandradio von jährlich über 7 Milliarden Euro.

(Bauckhage, FDP: Fast 8!)

Ich glaube, es ist nicht mehr als normal, dass sich eine öffentlich-rechtliche Institution zumal in einem demokratischen Staat dafür zu rechtfertigen hat.

Zu dem Umfeld, in dem die Antworten auf die Frage „Was soll, was kann, was darf der öffentlich-rechtliche Rundfunk?“ gegeben werden, gehört aber auch, dass wir uns in einem immer härter umkämpften Medienmarkt befinden, in dem privatwirtschaftliche Rundfunkanbieter um ihre Marktanteile, ja, um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfen müssen, wobei man auch sagen können darf, dass diese wirtschaftlichen Probleme, in denen sich manche privatwirtschaftlich organisierten Medienunternehmen befinden, ihre Ursache nicht in der Rundfunkgebühr haben. Auch dies gehört zur Wirklichkeit dazu.

Zum Umfeld gehört auch eine grundlegende Änderung in der Mediennutzung und im Medienkonsum: weg von den herkömmlichen Verbreitungs- und Kommunikationswegen hin zum Internet. Wenn beispielsweise 93 % der 20- bis 29-Jährigen und 96 % der 14- bis 19-Jährigen regelmäßig das Internet nutzen, braucht es keine große Fantasie, sich vorzustellen, dass dies natürlich Auswirkungen auf die Erreichbarkeit durch die öffentlich-rechtlichen Medien auf den herkömmlichen Wegen hat.

Aber die Frage der Präsenz der öffentlich-rechtlichen Medien im Internet – Stichwort „Telemedien“ – ist nicht nur eine Frage des Verbreitungsweges, also nicht nur eine Frage der Technik, sondern es ist auch eine Frage der Inhalte.

Zu dem Umfeld, in dem die Frage „Was kann, was soll, was darf der öffentlich-rechtliche Rundfunk?“ beantwortet werden muss oder soll, gehört auch eine stetig wachsende Informationsflut, mit deren Anwachsen die Hilfen für Orientierung und Einordnung keineswegs Schritt halten, jedenfalls nicht im Gefühl der meisten Mediennutzer. Damit geht ein – zumindest gefühlter – zunehmender Niveauverlust in dem einher, was uns auf dem Medienmarkt angeboten wird. Dies ist also – ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben – der Rahmen, in dem diese Fragen beantwortet werden, in dem der Zwölfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag zu betrachten ist.

Die Antworten auf diese Fragen sind – Herr Ministerpräsident Beck hat soeben darauf hingewiesen – zunächst einmal nach Brüssel zu geben. Ich denke, es war vorausschauend und gut – darin besteht Übereinstimmung im ganzen Haus –, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Sache der Mitgliedstaaten in der Anlage zum Amsterdamer Vertrag 1997 festgeschrieben worden ist.

Wenn ich mich richtig erinnere, sind in diesem Zusammenhang auch die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute erwähnt worden, was sich heute ebenfalls als sehr vorausschauend und gut erweist.

(Ministerpräsident Beck: Richtig!)

Wenn wir das als Erfolg sehen, was in der Anlage zum Amsterdamer Vertrag 1997 über die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten geschrieben worden ist, dann dürfen wir uns natürlich im Umkehrschluss auch nicht wundern, wenn in der Folge die Europäische Union danach gefragt hat, was wir unter dem Begriff „öffentlich-rechtlicher Rundfunk“ verstehen und ob wir diesen Begriff füllen können. Die Umsetzung der Füllung dieses Begriffs ist mit ein Hauptanliegen dieses Rundfunkänderungsstaatsvertrags.

Auf die anderen Bereiche der Europäischen Union, des Europäischen Gerichtshofs und das Beihilfungsverfahren ist ausführlich eingegangen worden. Ich möchte nur auf einen Wechsel in der Begrifflichkeit hinweisen, der auch einen Wechsel im Denken und in den Inhalten nach sich zieht oder jedenfalls nach sich ziehen sollte. Ob man in diesem Zusammenhang von Paradigmenwechsel sprechen kann, weiß ich nicht, es ist möglicherweise ein bisschen zu pathetisch. Aber es ist schon ein bedeuten-

der Wechsel. Bisher haben wir die Rundfunkgesetzgebung im Hinblick auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk immer entweder ausschließlich oder doch überwiegend als Erlaubnis an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verstanden, irgendetwas zu tun.

Nun, im Zuge der Forderungen aus Brüssel, beauftragen wir ausdrücklich den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, im Dienste der Gesellschaft bestimmte Angebote zu unterbreiten und Veranstaltungen anzubieten. Dies ist ein grundlegender Wechsel in der Sichtweise, der – so glaube und hoffe ich – zu einer gedeihlichen Weiterentwicklung auch in der Diskussion darüber beitragen kann, was der Kernauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist. Die Fragen gegenüber Brüssel werden beantwortet.

Die Fragen sind aber auch gegenüber den privatwirtschaftlichen Marktteilnehmern am Mediengeschäft, den privatwirtschaftlichen Medienunternehmen, zu beantworten, die zu Recht an die Rundfunkpolitik die Frage stellen: Was wollt ihr eigentlich tun, damit eine Marktmacht, ausgehend von einem Gebührenaufkommen von über 7 Milliarden Euro, uns nicht die Luft zum Atmen nimmt?

(Beifall der CDU)

Wie wollt ihr Wettbewerb in der dualen Rundfunkordnung denn weiterhin gestalten, insbesondere auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich uns im Internet z. B. eröffnen? – Auch darauf gibt dieser Rundfunkänderungsstaatsvertrag eine Antwort: im Internet hinsichtlich der Regelungen für die Verbreitung öffentlich-rechtlicher Angebote und Inhalte, bei den Printmedien mit dem ausdrücklichen Verbot der Veranstaltung von Online-Presse. –

Die Frage „Was soll, was kann, was darf der öffentlich-rechtliche Rundfunk?“ ist schließlich gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk selbst zu beantworten, der sich – gestützt auf die Verfassung und die Verfassungsrechtsprechung – an die Rundfunkpolitik mit der Frage wendet: Ja, was dürfen wir denn jetzt? Wie sieht unsere zukünftige Entwicklung weiter aus? –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich in die Einzelheiten gehe, denke ich, wäre es nicht schlecht, wenn wir uns möglicherweise oder wahrscheinlich auch jenseits des Streits über einige Grundsätze verständigen könnten. Schließlich befinden wir uns in der ersten Lesung. Möglicherweise bietet die zweite Lesung noch einmal die Gelegenheit, das eine oder andere im Detail miteinander zu besprechen.

Von meiner Seite aus möchte ich anmerken, bei dieser Ausgangslage, bei diesem schwierigen Umfeld, in dem dieser Rundfunkänderungsstaatsvertrag verhandelt, diskutiert und dann entworfen wurde, war es keineswegs selbstverständlich, dass man zu einer Einigung kommt. Manchmal schien das Scheitern vielleicht sogar wahrscheinlicher als das Gelingen. Er ist jedenfalls der Abschluss eines Prozesses über mehrere Jahre. Er ist aber nicht der Abschluss einer Diskussion über die weitere Entwicklung der Rundfunklandschaft in Deutschland.

Auch darauf ist, wie ich finde, berechtigterweise hingewiesen worden.

Er ist ein wichtiger und richtiger Schritt in die richtige Richtung. Er ist aber nur ein Schritt, und wir müssen uns vergegenwärtigen, dass mit ihm die Diskussion nicht aufhört und weitere Schritte folgen werden und folgen müssen. Das könnte gegebenenfalls auch der einen oder anderen etwas fundamentalistisch vortragenen Kritik ein klein wenig die Schärfe nehmen, wenn man weiß, dass es auch nach diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag noch weitergeht.

Er ist jedenfalls nicht das abschließende Machtwort des Gesetzgebers in einer Diskussion, sondern – auch darauf ist hingewiesen worden – er ist als Ausgangspunkt für einen weiteren Entwicklungsschritt zu betrachten.

Ich denke, hinsichtlich der weiteren Entwicklung ist es von Bedeutung, dass wir uns jenseits der wichtigen und notwendigen Regelungen im Einzelnen, z. B. hinsichtlich der Telemedien, Stichwort „Drei-Stufen-Test“, Stichwort „Konkretisierung des Auftrags, Definition von Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung“ – – –

In dem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich positiv anmerken, dass der Rundfunkänderungsstaatsvertrag bei der Unterhaltung das Profil der öffentlich-rechtlichen Anstalten besonders schärft und besonders herausarbeitet, indem ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass Unterhaltung im öffentlich-rechtlichen Sinne sich deutlich von dem unterscheiden muss, was andernorts angeboten wird. Ich denke, das ist ein wichtiger Hinweis für die weitere Entwicklung.

Ein ganz großes Problem nicht dieses Rundfunkänderungsstaatsvertrags, aber der weiteren Entwicklung, die wir ausgehend von diesem Regelwerk miteinander besprechen müssen, ist, glaube ich, die Akzeptanz der jungen Menschen im Hinblick auf die Angebote der öffentlich-rechtlichen Medien.

Wenn man sich anschaut, dass ARD und ZDF Zuschauer haben, von denen etwa 50 % des Anteils bei den über 65-Jährigen liegen und gerade einmal 5 % bei den unter 30-Jährigen, glaube ich, braucht man keine großen theoretischen Analysen mehr anzustellen, wo die Aufgaben der Zukunft liegen.

(Beifall bei der CDU)

Hier geht es dann auch um die Verbreitungswege, wenn man weiß, dass sich Kinder und Jugendliche, insbesondere Jugendliche, nicht mehr vor den Fernsehapparat oder vor den Radioapparat setzen

(Bauckhage, FDP: Oder die Zeitung kaufen!)

– oder die Zeitung kaufen –, sondern sich des Handys oder anderer Dinge bedienen. Wo sind die Strategien? Wo sind die Sendekonzepte? Wo sind auch die hausaltsmäßig nachvollziehbaren Schwerpunkte bei den Sendeanstalten zur Entwicklung solcher Strategien, um Jugendliche deutlich stärker als bisher an die Programme und damit die unverzichtbaren öffentlich-rechtlichen Inhalte heranzuführen und zu binden?

Ich denke, wir stehen vor einer ganz spannenden und wichtigen Diskussion, auf die ich mich freue.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Herrn Kollegen Bauckhage das Wort.

Abg. Bauckhage, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Weiland hat richtig gesagt, wir stehen vor einer spannenden und sehr interessanten Diskussion und gleichzeitig wahrscheinlich an einer Wegmarke, an der zum Schluss über die Möglichkeiten entschieden wird, die Medien haben, also über die Möglichkeiten, Online-Angebote zu machen, und wo am Ende entschieden wird, wie sich die unterschiedlichen Medienanbieter dabei behaupten. Wie kann man diese Dualität und die Printmedien dabei sichern? Das wird die spannende Frage sein.

Wir diskutieren jetzt vor dem Hintergrund, der von Ihnen, Herr Ministerpräsident, sehr sachlich und sehr klar dargestellt wurde. Wenn ich den Hintergrund noch einmal ein Stück entwickeln darf, so muss man wissen, die Wettbewerbskommission hat zunächst einmal Rundfunkgebühren als verbotene Subvention dargestellt. Das ist auch ein Teil des Hintergrunds.

Ein zweiter Teil des Hintergrunds ist, wie man damit umgeht. Herr Kollege Weiland, Sie haben es gesagt, wir beauftragen jetzt – Gott sei Dank beleihen wir noch nicht – quasi tief den öffentlich-rechtlichen Sender, was früher anders war. Bei diesem Beauftragen ist ein entscheidender Punkt, der für mich und für Liberale die entscheidende Größe und ganz wichtig ist, dass nämlich die journalistische Freiheit die allergrößte und zentrale Rolle dabei spielt.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei SPD und CDU)

Das ist ein ganz wichtiger Punkt; denn ich möchte nicht erleben, dass am Ende Befehlsempfänger gleich, wie man über die Zusammensetzung der Gremien diskutiert, dort sitzen und wir auf dem Weg zu einem Einheitsmedium sind. Journalistische Freiheit ist also das A und O bei diesem Auftrag.

Um den Wettbewerb einigermaßen zu regeln, hat man – Herr Ministerpräsident, Sie sagten es – den sogenannten Drei-Stufen-Test eingeführt. Die Engländer gehen dabei einen anderen Weg, auch einen staatlichen Weg. Bei den Engländern steht bei dem Test die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund. Bei uns steht in erster Linie die publizistische Bereicherung im Vordergrund, also die publizistische Verbreitung.

(Ministerpräsident Beck: Gleichwertig!)

– Ja, das ist klar. Darüber möchte ich nicht streiten. Das ist auch wichtig. Nur ist die Frage: Wer wird denn diese publizistische Bereicherung und Verbreitung zum Schluss sanktionieren oder bestimmen? –

Das wird die spannende Frage sein. Das ist ein unklarer Punkt. Weil der VPRT (Verband Privater Rundfunk und Telemedien e. V.) diametral anderer Meinung war, hat man gesagt, dass wir noch gutachterliche Positionen brauchen und gutachterliche Stellungnahmen einholen.

Mein zweiter Punkt im Drei-Stufen-Test ist die Frage, wie man die angemessene Finanzierbarkeit sichern kann, was auch immer das bedeutet.

Herr Ministerpräsident, Sie sagten, es kann nicht sein, dass man damit der Gebührenerhöhung Tür und Tor öffnet. Das muss klar sein. Das kann nicht sein. Man sieht, man betritt Neuland.

Man will einerseits richtigerweise den Öffentlich-Rechtlichen die Bühne geben, um in den modernen Medien journalistisch aktiv zu sein, um online vertreten zu sein. Sie sagten, das ist wichtig für die Nutzerinnen und Nutzer, weil sich heute viele längst von den klassischen Medien wie vor fünf oder zehn Jahren verabschiedet haben.

Gleichwohl muss man sehen, im Gegensatz zu Printmedien und werbefinanzierten Medien kann das bei den Öffentlich-Rechtlichen mit Gebühren finanziert werden. Das ist der zentrale und entscheidende Unterschied. Darüber ist noch zu diskutieren, wiewohl ich sagen muss, mit der Sendebezogenheit und dem Drei-Stufen-Test hat man eine ganze Menge der Kritikpunkte herausgeholt und kann auf dieser Geschäftsgrundlage diskutieren.

Mir ist klar, wie Rundfunkstaatsverträge zustande kommen. Das wissen wir alle. Das war früher schon so. Ich habe immer erlebt, früher war die Opposition gegen den Rundfunkstaatsvertrag und die Regierung dafür. Wenn die Opposition in Baden-Württemberg an der Regierung war, war sie dafür und die anderen dagegen. Das Spiel kennen wir zu Genüge. Von diesem System sollten wir uns verabschieden.

Bei dem weiteren entscheidenden Punkt bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, mit Ihren Möglichkeiten zu prüfen, ob man schon jetzt die Urheberrechte neu fassen kann und dies nicht im Staatsvertrag macht. Die Urheberrechte müssen genau definiert werden. Wenn die Urheberrechte nicht klar definiert sind, kann es sein, dass sie jeder braucht und gebraucht, weil über das Internet alle möglichen Nachrichten veröffentlicht werden können.

Wenn die Urheberrechte nicht klar definiert sind, lädt es gerade dazu ein, bei anderen etwas wegzunehmen und es als eigenes geistiges Eigentum zu verkaufen. Wir müssen darauf achten, dass die Urheberrechte jetzt auch im Interesse der Printmedien klarer formuliert werden. Das kann man nicht im Staatsvertrag machen. Das ist mir klar. Wir müssen es machen; denn sonst werden wir erleben, dass vielen geistiges Eigentum weggenommen und verbreitet wird. Derjenige, der auch journalis-

tisch recherchiert hat, wird dann, so sage ich es einmal, in die Mannesmann-Röhre schauen. Ich sage das einmal so flach. Wir müssen schauen, wie wir die Urheberrechte entsprechend verbessern.

(Baldauf, CDU: Das ist ja richtig, aber es hilft auch nichts!)

– Herr Baldauf, wie man das macht, ist eine zweite Frage. Man kann aber die Augen nicht davor verschließen.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal etwas zu der Frage des Wettbewerbs zwischen werbefinanzierten und gebührenfinanzierten Medien sagen. Herr Dr. Weiland hat vorhin die Zahl von über 7 Milliarden Euro genannt. In Wahrheit sind es knapp 8 Milliarden Euro. Davon sind 400 Millionen Euro Werbeeinnahmen. Ich glaube, es lohnt sich, darüber nachzudenken, wie man die Werbung bei Öffentlich-Rechtlichen ganz herausnehmen kann. Es wäre dann die Klarheit gegeben. Wenn man die Werbemittel herausnimmt, dann müssen diese eingespart werden. Man kann nicht sagen, das ist egal und man dreht an der Gebührenschaube und erhöht die Gebühren. Ich bin davon überzeugt, bei 8 Milliarden Euro sind 400 Millionen Euro durchaus einsparbar.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, nachdem man einen Modus mit dem Drei-Stufen-Test und der sendebezogenen Situation gefunden hat, glaube ich, dass die Wettbewerbssituation weitgehend entkrampft ist. Man muss sehen, dass die Printmedien – ich will jetzt keine Gruppe nennen – alles Mögliche bewältigen können. Es gibt in diesem Land Medien, die kleiner und trotzdem wertvoll sind. Diese werden damit Probleme haben. An der Stelle lohnt es sich, noch einmal darüber zu diskutieren.

Abschließend will ich sagen, ich wollte eigentlich die ganze Redezeit nutzen, aber jetzt fällt mir nichts mehr ein. Herr Ministerpräsident, was sagen Sie jetzt?

(Ministerpräsident Beck: Unglaublich, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Danke schön.

Ich kann auch über etwas anderes reden. Das merken Sie sofort, wenn ich über etwas anderes rede, Herr Pörksen.

Ich bin froh, dass das Deutschlandradio ein zusätzliches Programmangebot machen kann. Ich bin auch froh, dass das Programmangebot des Deutschlandradios im Staatsvertrag klar definiert ist. Das ist schon etwas Besonderes und für mich immer wieder ein großes Vergnügen, das Deutschlandradio zu hören, wenn man es überall im Auto hören könnte. Herr Stadelmaier, das ist in Rheinland-Pfalz nach wie vor ein großes Problem.

(Ministerpräsident Beck: Das ist wahr! – Harald Schweitzer, SPD: Das kann auch am Auto liegen!)

– Das liegt nicht am Auto, sondern am Radio im Auto oder an der Antenne.

Wir müssen nüchtern sagen, wir haben in Rheinland-Pfalz keine flächendeckende Versorgung mit dem Deutschlandradio, obwohl dieser Sender als Nachrichten- und Informationssender eine ganz besondere Qualität hat. Daran kann man erkennen, wie man Sendungen gestalten kann, wenn man werbungsunabhängig ist.

Wir werden diesen Rundfunkänderungsstaatsvertrag intensiv im Ausschuss diskutieren.

Herr Ministerpräsident, genauso wie Sie darf ich abschließend Herrn Dr. Drewitz hier würdigen und loben. Ich habe ihn über viele Jahre als einen der ganz großen Fachmänner in ganz Deutschland erlebt. Er hat dadurch große Verdienste erworben. Man kann sehen, Rheinland-Pfalz hat im Medienkonzert der Länder immer eine besondere Rolle gespielt. Das hatte unterschiedliche Ursachen. Eine Ursache liegt bei dem Abteilungsleiter.

Wie gesagt, wir werden den Rundfunkstaatsvertrag intensiv diskutieren und ihn in der zweiten Beratung entsprechend behandeln.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Frau Kollegin Raab das Wort.

Abg. Frau Raab, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige wenige Anmerkungen, nicht wie Herr Kollege Martin Haller als bekennender Gebührenzahler – das bin ich selbstverständlich auch, bekennende Gebührenzahlerin –, aber als bekennendes Gremienmitglied.

Ich glaube, seitdem ich im Landtag bin, haben wir zu Beginn über den Sechsten oder Siebten Rundfunkstaatsvertrag diskutiert. Nun ist es schon der Zwölfte. So hat uns in den Gremien des öffentlich-rechtlichen Senders, beim SWR, kein Rundfunkänderungsstaatsvertrag so beschäftigt wie der hier vorliegende.

Warum hat er es getan? – Einerseits war es die Auseinandersetzung über den Stellenwert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an sich und andererseits die Qualitätsansprüche. Herr Ministerpräsident Beck hat aufgezählt, dass wichtige Begriffsbestimmungen und Konkretisierungen erfolgt sind. Das betrifft die Frage, was Bildungs-, Kultur-, Unterhaltungssendungen und sendungsbezogene Telemedien sind. Das sichert uns den Umgang in der ganzen Diskussion.

Wir haben aber auch zu einem anderen Punkt sehr viel diskutiert. Es geht dabei um die Telemedien. Bei der Amtsübergabe von Landessendedirektor Dr. Rosenbaum an die Landessendedirektorin Frau Dr. Sanften-

berg sprach Herr Dr. Rosenbaum von dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk als demokratisches Lebensmittel. Wenn wir dies als demokratisches Lebensmittel brauchen, müssen wir auch die Verbreitung sichern. Deshalb haben wir in unserem gemeinsamen Entschließungsantrag darauf abgehoben, dass wir eine sichere Erreichbarkeit bei einer größtmöglichen Zahl von Rundfunkteilnehmern wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb stellen wir uns in den öffentlich-rechtlichen Gremien dieser Herkulesaufgabe des Drei-Stufen-Tests.

Herr Kollege Bauckhage hat es angesprochen. Beim Mainzer Mediendisput ist der Drei-Stufen-Test ironisch als Drei-Schluchten-Test beschrieben worden.

Warum? – Gremien im öffentlichen Rundfunk schulen sich bereits seit dem Herbst des letzten Jahres, wie sie mit den Anforderungen aus dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag umgehen; denn es schriftlich darzulegen, in welcher Weise ein Beitrag für Demokratie, Gesellschaft und Kultur geleistet werden kann, ist nicht so einfach in jedem Bereich. Das muss sehr sorgfältig geprüft werden. Es muss allen Prüfungen standhalten.

Die Frage nach dem publizistischen Wettbewerb ist eine, die auch sehr sorgfältig geprüft werden muss, weil es bereits jetzt, wo die ersten Prüfungsverfahren anlaufen, beispielsweise beim Kinderkanal mit einem Online-Angebot für Vorschulkinder mit dem „Kikaninchen“, anfängt, dass der VPRT, bevor das Verfahren überhaupt begonnen hat, sehr intensiv schaut, wie transparent, wie offen und wie genau es läuft.

Einen dritten Punkt hat Herr Bauckhage auch noch einmal angesprochen, und auch Herr Kollege Weiland: Wie hoch ist der finanzielle Aufwand des Angebotes? Genau das ist in die Verantwortung der Gremien für einen effektiven und auftragskonformen Mitteleinsatz gelegt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Herkulesaufgabe stellen sich die Gremien im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Sie investieren enorm viel Zeit darin. Sie werden dies auch nach dem Gebot der Information, der sachlichen Kompetenz und auch der Unabhängigkeit und der Kontrolle durchführen.

Ich möchte dies an dieser Stelle ausdrücklich aufnehmen; denn ein Vertrag, der uns hier vorliegt, ist nur so gut, wie er auch mit Leben ausgefüllt wird und wie er auch allen Überprüfungen standhält. Das ist der Anspruch, der daran gelegt werden muss. Insofern war die Diskussion um diesen Vertrag auch ein Stück Kehrtwende und ein Stück Bewusstseinsbildung in den öffentlich-rechtlichen Medien.

Ich glaube, es hat insgesamt dazu beigetragen, dass auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen hohen Stellenwert in unserem demokratischen System beibehalten kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, dem Landesgesetz zu dem Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag, liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Es gibt einen Überweisungsvorschlag an den Ausschuss für Medien und Multimedia – federführend – und an den Rechtsausschuss. Gibt es dagegen Bedenken? – Das ist nicht der Fall. Dann kann dieser Gesetzentwurf in den entsprechenden Ausschüssen beraten werden.

Wir kommen zu **Punkt 4** der Tagesordnung:

Zweites Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Durchführung der Kriegsofferfürsorge Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/3118 –

Erste Beratung

Hier gibt es eine Absprache im Ältestenrat, dass die Behandlung ohne Aussprache erfolgen soll. Es gibt einen Überweisungsvorschlag an den Sozialpolitischen Ausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss. Gibt es dagegen Bedenken? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir so verfahren.

Wir kommen zu **Punkt 5** der Tagesordnung:

Verbesserung der Berufsorientierung durch den „Schülerpass“

Antrag der Fraktion der FDP – Entschließung –

– Drucksache 15/2923 –

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung und Jugend

– Drucksache 15/3045 –

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Bettina Brück. – Ich höre, es wird auf die Berichterstattung verzichtet. Wir haben eine Grundredezeit von 5 Minuten je Fraktion. Gibt es Wortmeldungen? – Herr Kollege Kuhn hat das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte einige wenige Worte zu diesem Antrag verlieren, weil wir im Ausschuss ausgiebig über diesen Antrag gesprochen hatten und auch zu einem Konsens gekommen sind. Der Antrag wurde mit einer leichten Modifizierung von allen Fraktionen angenommen. Ich gehe auch davon aus, dass das heute in unserer Runde der Fall sein wird.

Ich beschränke mich auf wenige Sätze dazu. Der Übergang von der Schule in die Berufs- und Arbeitswelt ist für die jungen Menschen in der Tat ein entscheidender und auch ein prägender Schritt. Es ist auch so, dass diese Angebote, die im dualen System von großer Bedeutung sind – ich nenne einmal den Arbeitskreis „Schule und Wirtschaft“ und seine Aktivitäten – nun überall, an allen Schulen mit Betriebspraktika, Betriebserkundungen und anderen Veranstaltungen schon die Regel geworden sind. Alle diese Angebote, die den Schülern helfen,

diesen Übergang zu erleichtern, sollen – das ist auch Auffassung des Ausschusses insgesamt gewesen – auch dokumentiert werden. Das hat einige große Vorteile. Zum einen lernen die Schüler, auch mehr Selbstverantwortung zu tragen. Es gibt auch eine Übersicht über die Lernplanung. Ich glaube, das ist auch ein erzieherischer Schritt, der für die Jugendlichen selbst von Bedeutung ist.

Es bedeutet natürlich auch ein Stück öffentliche Anerkennung für ihre Leistung, die sie erbracht haben. Letztendlich ist diese Übersicht auch für den Arbeitgeber, wenn sie in das Berufsleben eintreten, von Bedeutung, dass eine systematische Dokumentation stattgefunden hat. Es erhöht sich auch der Anreiz für die Schülerinnen und Schüler, solche Angebote, die es gibt, wahrzunehmen.

Zusammenfassend gesagt, der Ausschuss hat darüber beraten. Er hat sich diesem Antrag mit einer kleinen berechtigten Variante oder Veränderung angeschlossen. Das heißt, der Begriff „Schülerpass“ soll jetzt nicht mehr zwangsläufig überall dort eingeführt werden, wo es schon ähnliche Dokumentationen gibt. Es ist klar, dass wir da nicht noch mehr Bürokratie und Zwang ausüben wollen. Ich bitte Sie, wie im Ausschuss diesem Antrag der FDP-Fraktion zuzustimmen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Heinrich das Wort.

Abg. Heinrich, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatungen den vorliegenden Entschließungsantrag zur Verbesserung der Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern vorgelegt. In diesem Entschließungsantrag geht es aber nicht nur um die Verbesserung der Berufsorientierung, sondern sicher auch um die Verbesserung der Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden. Die Einführung eines Schülerpasses oder eines ähnlich bezeichneten Dokuments – wie bereits an einigen Schulen in unserem Land eingeführt – kann dabei sicherlich wertvolle Hilfe leisten. Ob die Grundschulempfehlung einen potenziellen Ausbildungsbetrieb interessiert, vermag ich allerdings nicht zu beurteilen.

Ich bin Mitglied in zwei Berufsbildungsausschüssen, nämlich bei der Handwerkskammer Koblenz und bei der Industrie- und Handelskammer in Koblenz. In diesen Berufsbildungsausschüssen sitzen nicht die Verbände, sondern die Praktiker aus den Betrieben. Bei der Industrie- und Handelskammer sind es im Wesentlichen die Leiter der Ausbildungswerkstätten oder die für die Ausbildung zuständigen Personalleiter. Bei der Handwerkskammer sind es die Handwerksmeister. Natürlich wird auch dort manchmal über schlechte Zeugnisnoten geklagt, aber die Entscheidung, ob es zu einem Ausbil-

dungsvertrag kommt oder nicht, wird in sehr vielen Fällen von anderen Kriterien abhängig gemacht. Zu einem in der Tat sehr wichtigen Kriterium zählen durchgeführte Praktika. Aus diesem Grund wurde auch in Rheinland-Pfalz mittlerweile flächendeckend der Praxistag eingerichtet. Praktika helfen, häufig idealisierte Vorstellungen eines Berufsbildes zu erkennen, helfen also der Berufsorientierung.

Ich finde es im Übrigen deshalb auch völlig in Ordnung, wenn der Praktikumsplatz auch einmal gewechselt wird.

(Beifall bei der SPD)

Praktika helfen auch, die eigene Leistungsfähigkeit und die Anforderung des angestrebten Berufes anzugleichen. Ich war kürzlich in einer zehnten Klasse einer Förderschule. Ich habe die Schülerinnen und Schüler gefragt, was sie nach dem Schuljahr machen wollen. Ein junger Mann hat mir daraufhin berichtet, dass er beabsichtige, den Ausbildungsberuf KFZ-Mechatroniker zu ergreifen. Auf meinen Hinweis, das sei ein anspruchsvoller Beruf mit hohen Anforderungen insbesondere in Mathematik, hat er mir selbstbewusst geantwortet: Seit meinem Praktikum in der siebten Klasse weiß ich, dass ich diesen Beruf erlernen will. Wenn ich die zehnte Klasse erfolgreich abschließe, werde ich die Ausbildungsstelle in meinem Praktikumsbetrieb auch bekommen. – Ich wünsche ihm von dieser Stelle aus viel Glück dabei.

(Beifall bei der SPD)

Ein Praktikum ist aber nicht alles, was Schülerinnen und Schüler in ihrem Schülerpass dokumentieren sollten; denn Praktika sind nicht alles, was Ausbildungsbetriebe von ihren zukünftigen Auszubildenden erwarten.

Die Betriebe erwarten Sozialkompetenz, Engagement und Eigeninitiative. Auch in diesem Fall sollen die jungen Leute angehalten werden, Scheine zu machen, wie man das an den Hochschulen nennt.

Selbst Sport zu treiben ist gut, aber auch noch Übungsleiter im Sportverein zu sein, um die Bambinis zu betreuen, ist besser.

Ehrenamtliches Engagement bei der Feuerwehr, dem AWO-Jugendwerk, dem Roten Kreuz oder in anderen Verbänden zeigt den Willen, sich für andere einzusetzen und fördert Teamfähigkeit sowie soziale Kompetenz.

Auch die Schulen bieten in diesem Bereich vielfältige Möglichkeiten, insbesondere die Ganztagschulen. Von der Ausbildung in Erster Hilfe über die Schülerzeitung, die Übernahme von Grünpatenschaften auf dem Schulhof bis hin zur Übernahme von Patenschaften für die Fünftklässler, um nur einige Beispiele zu nennen, reicht die Palette von Engagement, die Schule dokumentieren und den Schülerinnen und Schülern für ihren Schülerpass zur Verfügung stellen kann.

Der Schülerpass ist ein Instrument. Gute schulische Leistungen und ein gutes Zeugnis kann er allerdings nicht ersetzen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Frau Kollegin Hayn.

Abg. Frau Hayn, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Ihrem Antrag rennt die FDP-Fraktion bei der CDU offene Türen ein.

(Vizepräsident Bauckhage übernimmt den Vorsitz)

Seit Jahren haben wir im Rahmen der Hauptschuldiskussion immer wieder eine bessere Vorbereitung der jungen Menschen auf das Berufsleben angemahnt und in diesem Hohen Hause manches dicke Brett gebohrt.

Vor Ort haben sich Schulen und Betriebe gemeinsam mit den Kammern und Verbänden sowie der Arbeitsagentur in den vergangenen Jahren auf vielfältige Art und Weise selbst auf den Weg gemacht, um den Schülerinnen und Schülern den Übergang von der Schule in die Wirklichkeit des Erwerbslebens zu erleichtern.

So konnte ich in meinem Wahlkreis ein Projekt verfolgen namens „Fit for Future“, das übrigens von FDP und CDU angestoßen wurde. Es wurde durchgeführt, indem Schüler von der Haupt- und Realschule Betriebe kennenlernen, Praktika durchführten, Ausbildungsmessen besuchten, sich aber auch Bewerbertrainings und Berufseignungstests unterzogen. So erforschten sie ihre Stärken und Schwächen und fanden heraus, über welche Kompetenzen sie verfügen und wie sie sie in der Praxis einsetzen können.

Wichtig für die Motivation der Schüler ist es nun, das Geleistete in geeigneter Weise zu dokumentieren. Dies bedeutet Anerkennung und steigert das Selbstbewusstsein.

Derzeit wird aus den gewonnenen Erfahrungen in der Praxis quasi im Vorgriff auf den Schülerpass, den wir heute gemeinsam auf den Weg bringen wollen, weitergearbeitet. Unter Anleitung der verschiedenen beteiligten Ausbildungspartner und gemeinsam mit einer Schüler-AG wird ein Schülerpass entwickelt, der, angepasst an die Bedürfnisse und Berufsorientierungspflichten der Schüler der achten bis zehnten Klasse, systematisch und zielgerecht all die Aktivitäten dokumentiert. Die teilnehmenden Schüler werden dann selbst wieder zu Paten für die Berufsorientierung Jüngerer und lernen so Eigeninitiative und Verantwortung.

Es versteht sich von selbst, dass von dieser Vorgehensweise nicht nur die Schüler, sondern auch die Betriebe profitieren, die Arbeitskräfte suchen und ausbilden wollen.

Frau Staatssekretärin Reiß hat in der Januar-Sitzung des Bildungsausschusses darauf hingewiesen, dass derzeit 33 von 105 Praxistagschulen in Rheinland-Pfalz den sogenannten Berufswahlkompass der Landesregierung nutzen. Es gibt zwar im Land vielfältige andere Verfahren, um die Etappen der Schullaufbahn zu dokumentieren, aber wir meinen, dass es wichtig und richtig

ist, mit der im Antrag geforderten landesweiten Einführung des Schülerpasses eine gewisse Verbindlichkeit und Vergleichbarkeit herzustellen.

(Beifall der CDU)

Es freut die CDU-Fraktion, dass auf diese Weise auch einem Anliegen in ihrem Antrag für mehr Bildungsgerechtigkeit entsprochen wird, der im Rahmen der Beratungen zur Schulstrukturreform von der absoluten Mehrheit noch abgelehnt wurde.

Auch der in einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung zutage geförderten Tatsache, dass in vielen Bundesländern 40 % der Hauptschüler die Schule ohne konkreten Berufswunsch verlassen, kann unser gemeinsamer Beschluss entgegenwirken. Daher werden wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich begrüße zunächst Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar Mitglieder des SPD-Ortsvereins Maifeld. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Frau Staatsministerin Doris Ahnen.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin sehr froh, dass dieser Antrag mit der Umformulierung, wie sie der Ausschuss vorgenommen hat, im Hohen Haus völlig unstrittig ist, weil ich meine, dass das Anliegen, das hinter dem Antrag steht, unstrittig sein sollte, da es durchaus eine Reihe von Initiativen gibt, auf die man bei der Umsetzung des Antrags aufsetzen kann.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass wir mit dem Schuljahr 2004/2005 den sogenannten Berufswahlkompass als ein Instrumentarium für die Schulen eingeführt haben und er an einer Reihe von Praxistagschulen inzwischen schon zum Einsatz kommt. Die Zielstellung dieses Berufswahlkompasses oder vergleichbarer Maßnahmen ist ebenfalls erläutert worden.

Die Zielsetzung ist eine Dreifache. Es ist die Selbstvergewisserung für die Schülerinnen und Schüler, es ist die Information, die damit auch für Lehrkräfte und andere Personen gegeben wird, die Schülerinnen und Schüler bei ihrer Berufswahlentscheidung begleiten, und es ist zum Dritten auch für die Eltern die Möglichkeit, aktiver an diesem Prozess teilzunehmen.

Insofern begrüße ich alle Maßnahmen, die der Dokumentation und Weiterentwicklung im Bereich der Berufsorientierung dienen und letztlich dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler besser ein individuelles Berufseignungsprofil entwickeln können, wodurch der berufliche Entscheidungsprozess vorbereitet wird.

Ich bin deshalb für die Umformulierung dankbar, weil nicht nur der Berufswahlkompass zum Einsatz kommt. Es gibt z. B. auch einen Schülerpass zur Berufswahl der ALISA-Stiftung, es gibt einen Berufswahlpass der Freudenberg-Stiftung, und es gibt auch Berufswahlportfolios, die in den Schulen zum Einsatz kommen.

Weniger angenommen wird der Profilpass, der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Auftrag gegeben worden ist, weil er sehr aufwendig ist. Im Moment beteiligen sich daran acht Schulen. Man muss sehen, ob das auch ein Instrumentarium sein kann.

Die Handwerkskammern haben ebenfalls entsprechende Portfolios, z. B. Flexkom für Auszubildende. Insofern sollte meiner Meinung nach nicht der Ansatz sein, ein bestimmtes Instrumentarium verbindlich zu machen, sondern verbindlich sollte gemacht werden, dass Instrumentarien, die aber durchaus unterschiedlich sein können, in den Schulen regelmäßig zum Einsatz kommen. In dem Sinne verstehe ich auch die Umformulierung des Ausschusses.

In diesem Bemühen wollen wir seitens der Landesregierung selbstverständlich die Schulen unterstützen, weil wir ein Interesse daran haben, all das zu tun, was zu einer besseren Berufsorientierung beiträgt. Ein solches Dokumentations- und Informationssystem kann dazu sicherlich auch beitragen. Insofern werden wir uns selbstverständlich, wenn das Hohe Haus den Antrag beschlossen hat, zügig an die Umsetzung machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen dann zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung und Jugend – Drucksache 15/3045 – ab. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP „Verbesserung der Berufsorientierung durch den ‚Schülerpass‘“ – Drucksache 15/2923 – unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Damit ist der Antrag einschließlich der Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Campus Management System Antrag der Fraktion der FDP – Entschließung – – Drucksache 15/2928 –

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur – Drucksache 15/3048 –

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Hayn. Frau Hayn, ich bitte Sie um die Berichterstattung.

Abg. Frau Hayn, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 11. Dezember 2008 ist der ursprünglich als Entschließungsantrag zum Landeshausaltsgesetz 2009/2010 eingebrachte Antrag an den Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur überwiesen worden. Der Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 22. Januar 2009 beraten.

Die Beschlussempfehlung lautet:

„Der Antrag wird in folgender Fassung angenommen:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die rheinland-pfälzischen Hochschulen weiterhin dabei zu begleiten, die erforderlichen Vorbereitungen und Abstimmungen dafür zu treffen, dass spätestens im kommenden Jahr ein leistungsfähiges Campus Management System an allen Hochschulen in Rheinland-Pfalz eingerichtet ist.“

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Frau Berichterstatterin, ich danke Ihnen. – Das Wort hat Herr Abgeordneter Werner Kuhn.

(Pörksen, SPD: Schon wieder? –

Zuruf von der FDP: Das ist eine Allzweckwaffe!)

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch bei diesem Antrag – das wird Sie auch nicht wundern – haben wir im Ausschuss Konsens erreicht. Sie stellen also fest, wenn die FDP einen Antrag stellt, wird entsprechend einer substanziellen Diskussion oft Einigkeit herbeigeführt.

Der Ausgangspunkt dieses Antrags war die Anhörung der Präsidenten anlässlich der Haushaltsberatung. Dann hat man als Parlamentarier mit Interesse festgestellt, dass die Universität Mainz ein hervorragendes Campus Management System aus eigener Kraft installiert hat. Viele Präsidenten, die dort versammelt waren, haben darauf hingewiesen, dass sie auch gerne an ihrer Hochschule ein solches notwendiges Campus Management System einführen würden. Daraufhin haben wir diesen Antrag gestellt und im Ausschuss beraten und haben uns von der Landesregierung auch informieren lassen, dass sie wohl unverzüglich – es war ja sehr zeitnah – begonnen hat, mit den Hochschulen zu sprechen, ein solches System an allen Hochschulen einzuführen.

Das haben wir zunächst wirklich mit Genugtuung gehört und aus diesem Grund den Antrag so modifiziert, wie

Frau Hayn es eben dargelegt hat. Wir haben auch Einigkeit gehabt. Das bedeutet mit anderen Worten: Das, was die Landesregierung jetzt umsetzt, die Installierung von Campus Management Systemen an allen Hochschulen, wird von dem Ausschuss unterstützt. Es wird auch klar, dass es eine zeitliche Vorgabe gibt. Wenn die Landesregierung dies in diesem Zeitraum umsetzen wird, wird es natürlich den Ausschuss freuen.

Noch zwei Sätze dazu. Campus Management Konzepte sind von ganz großer Bedeutung für die Hochschulen selbst. Das heißt, die Verwaltungsabläufe müssen rationalisiert werden. Da gibt es Handlungsbedarf an den Hochschulen selbst. Es geht natürlich auch um die Servicequalität für die Studierenden. Wir haben das Hauptanliegen, dass die Studierenden in angemessener Form zu jeder Zeit über Abläufe verlässlich informiert werden, was zum Teil leider immer noch nicht der Fall ist.

Wenn der Antrag also so beschlossen wird und die Landesregierung ihr Versprechen einhält, sind wir auf einem guten Weg.

Danke schön.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Krell.

Abg. Dr. Krell, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kuhn hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Einigkeit über den Antrag besteht, was die Campus Management Systeme an unseren Hochschulen anbelangt. Die Notwendigkeit dieser Software ist unbestritten. Die Anforderungen an die Hochschulen nehmen unentwegt zu.

Das liegt zum einen an den zunehmenden Studierendenzahlen, die wir natürlich begrüßen, zum anderen geht es darum, Qualitätssicherung an den Hochschulen zu machen. Auch da ist diese Software hilfreich. Darüber hinaus geht es um Fragen der Finanzierung. Ich weise nur auf den Hochschulpakt hin, wo diese Software hilfreich sein kann. Auch im Rahmen des Bologna-Prozesses, wo wir in hohem Maße mit der Modularisierung unserer Studiengänge zu tun haben, ist diese Software gut anzuwenden.

Insofern: Wir können dieses System gebrauchen, wenn es darum geht, Bewerber an den Hochschulen zu verwalten, wenn es darum geht, die Anmeldungen anzunehmen. Sie wissen ja, dass zu Beginn des Semesters oft Probleme auftauchen. Insofern macht es durchaus Sinn, dieses System zu implementieren.

Auch die Verwaltung kann davon profitieren, indem sie die Prüfungen darüber organisiert, Studienkonten führt und überhaupt die Organisation von Prüfungen über diese Software anstellt.

Weil das alles so ist, ist es zunächst nicht die Landesregierung gewesen, sondern sind es in der Autonomie die Hochschulen dieses Landes gewesen, die sich daran gemacht haben, diese Campus Management Systeme zu installieren, zumindest an den Universitäten. Meinem Kenntnisstand nach sind es die Fachhochschulen, die sich jetzt darauf verständigt haben, projektweise auch diese Dinge umzusetzen.

Wie dem auch sei, wir unterstützen diese Sache, weil es hilfreich und auf der Höhe der Zeit ist, für die Fachhochschulen und die Universitäten solche Systeme zur Verfügung zu haben.

Deswegen werden wir auch den Antrag, wie er hier vorliegt, unterstützen, dass wir nämlich die Hochschulen darin begleiten, dieses System so bald wie möglich an ihren Hochschulen einzuführen. Dabei muss man natürlich sehen, dass es Unterschiede macht, je nachdem, an welcher Hochschule diese Systeme implementiert werden. Das muss man abwägen. Es muss auf die jeweilige Universität, auf die jeweilige Fachhochschule zugeschnitten sein.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, möchte ich mir noch eine Anmerkung erlauben, und zwar, was die Autonomie der Hochschulen anbelangt. Es flattern immer wieder solche Anträge bei uns auf den Tisch – heute von der FDP-Fraktion –, wo wir im Grunde genommen in die Autonomie der Hochschulen eingreifen. Denn es ist eine genuine Aufgabe der Hochschule, diese Systeme zu implementieren.

(Beifall der SPD)

Ich möchte das schon herausstellen. Wenn wir heute die Landesregierung auffordern, diesen Prozess zu begleiten, greifen wir darin ein. Ich sage das deswegen, weil wir den Begriff der Autonomie für die Hochschulen nicht wie eine Monstranz vor uns hertragen wollen, sondern es muss immer passgenau sein, wann man dort von diesem Weg abweicht.

Ich sage das vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Diskussion um die Anmeldezahlen. Sie haben jetzt die Diskussion mitbekommen, was die ZVS anbelangt. Die ZVS ist von den CDU-Ländern mutwillig zerschlagen worden. Jetzt haben wir beispielsweise in Frankfurt die Situation, dass bei den Erstsemestern 20 % der Plätze nicht belegt werden können. Es macht also keinen Sinn, einfach auf die Autonomie zu pochen und dann nicht dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Zulassungen an den Hochschulen gewährleistet sind. Also, mit Augenmaß plädieren wir durchaus dafür, von diesem Weg abzuweichen. Der Antrag findet unsere Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Abgeordneter Werner Kuhn das Wort.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Thema verfehlt!)

Abg. Kuhn, FDP:

Lieber Herr Kollege Krell, um direkt zu antworten. Dieser Spitze, dass gerade die FDP die Autonomie der Hochschulen nicht achten würde, muss ich entgegnen. Das kann so nicht stehen bleiben.

Wenn man die Hochschulen wirklich in die Freiheit entlassen würde, was noch nicht einmal der Fall ist in Rheinland-Pfalz und auch in der nächsten Zeit wohl auch so nicht kommen wird, dann müsste selbstverständlich das Land auch dann Verantwortung tragen und Zielvereinbarungen mit den Hochschulen abschließen, dass ganz bestimmte Dinge zwischen dem Land und den Hochschulen geregelt werden. Das muss natürlich auch finanziell unterfüttert werden. Das ist relativ einfach.

Nun haben wir schon mehrere Dinge in diesem Hause gehabt.

Wenn es so wäre, was aber nicht ist, dass an der Zielvereinbarung festgehalten würde, eine entsprechende Ausstattung von den Hochschulen gefordert und die entsprechenden Mittel vom Land zur Verfügung gestellt würden, dann kann man die Hochschulen laufen lassen. Dann sollen sie das auch regeln. Das verstehen wir unter Autonomie.

Autonomie – um das noch einmal klarzumachen – heißt nicht, jeder macht in diesem Land gerade, was er will. Auch wenn unsere Hochschulen wirklich autonom wären, müssten sie – es geht um öffentliche Gelder – mit Zielvereinbarung eingebunden werden. Wenn diese Linien klar sind, dann kann man die Hochschulen, wenn sie die entsprechenden Mittel haben, alleine lassen. Dann sind auch solche Anträge – hoffentlich irgendwann einmal – in diesem Hohen Hause überflüssig.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich erteile Frau Abgeordneter Huth-Haage das Wort.

Abg. Frau Huth-Haage, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Online-Anmeldungen und -Rückmeldungen, Anmeldungen zu Lehrveranstaltungen, Prüfungsergebnisse per Mausklick, eine online-gesteuerte Alumni-Betreuung: Sieht so das Studium der Zukunft aus? Ein Blick in unsere Hochschulen zeigt, dass einige dieser Visionen bereits realisiert sind.

Aber viele dieser Lösungen sind noch zu optimieren. So üben auch die Studierenden einen enormen Innovationsdruck aus. Sicherlich trägt dazu auch die steigende Konkurrenzsituation der Hochschulen untereinander bei, etwa durch die Exzellenzinitiative.

Dazu kommen die mittelfristig steigenden Studierendenzahlen und die Veränderung der Lernbiografien, Stichwort „lebenslanges Lernen“. All das übt einen spürbaren

Druck auf die IT-unterstützten Reformen unserer Hochschulen aus.

Meine Damen und Herren, einen ganz entscheidenden Veränderungstreiber will ich gesondert nennen. Natürlich stellt die Einführung, die Umstellung von den klassischen Studiengängen auf modularisierte Bachelor- und Masterstudiengänge die Hochschulen vor große technische und organisatorische Herausforderungen. Die Prüfungsichte und die Prüfungshäufigkeit verändern sich deutlich im Vergleich zu einem klassischen Studium. Leistungen werden nicht nur mit Noten bewertet. All das trägt dazu bei, dass es anders organisiert werden muss.

Wichtig ist für die Studierenden auch ganz sicher die Möglichkeit, sich selbst jederzeit über den eigenen Leistungsstand und die Lernfortschritte zu informieren.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, all diese Gegebenheiten zwingen zu einer anderen Arbeitsweise, zu einer Abkehr von der Bearbeitung in Akten und Karteien hin zu einer neuen, zu einer onlinegestützten Bearbeitung.

Meine Damen und Herren, gerade vor dem Hintergrund von gewaltigen Problemen, die wir in den letzten Monaten, Jahren immer wieder besprochen haben, Stichwort auch hier die Studentenproteste, die dramatische Überbelegung, setzt man große Hoffnungen insbesondere auf die Felder der Lehrveranstaltungsplanung und die damit verbundene Vergabe von Raum und Personalressourcen.

Meine Damen und Herren, dieser Punkt macht deutlich, noch so intelligente, noch so innovative IT-Lösungen werden keine wirkliche Verbesserung bringen, wenn das Land nicht bessere, nicht andere Rahmenbedingungen schafft.

(Beifall der CDU)

Beispielsweise unsere extrem ungünstige Betreuungsrelation wird durch kein computergesteuertes Campus Management System außer Kraft gesetzt.

(Ministerpräsident Beck: Schon wieder alles verkehrt gemacht!)

Meine Damen und Herren, bei allem Optimismus, den wir teilen – wir wollen diese Systeme –, wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass dies alles sehr viel Zeit bedarf. Es ist nicht damit getan; denn die Dinge können nicht sofort wirken. Man schätzt, dass eine Implementierungsphase von ca. zwölf Monaten vorgeschaltet werden muss. Auch das muss bedacht werden.

Es ist sicherlich richtig, dass man Systeme nicht einfach aufsetzen kann, sondern die Prozesse müssen im Vorfeld neu modelliert werden, bevor man mit der Software vernünftig arbeiten kann.

Meine Damen und Herren, wir haben diesem Antrag im Ausschuss zugestimmt. Wir werden es auch heute tun,

weil wir schon der Meinung sind, dass ein Campus Management System große Chancen für unsere Hochschulen bringt.

Ich will mich nicht im Klein-Klein des Antrags verlieren. Ich will schon sagen, es geht nicht darum, ein System zu implementieren, ein System zu favorisieren, sondern es muss der jeweiligen Hochschule selbst überlassen sein, welche Lösung sie favorisiert. Es gibt verschiedene Ansätze. Es gibt integrierte Ansätze. Es gibt Modulsysteme. Aber dies muss vor Ort entschieden werden.

Ich denke, dass das Land dies begleitend unterstützen sollte, wie Sie es eben, Herr Kollege Kuhn, aufgeführt haben. Ich denke, das ist selbstredend. Das möchten wir in der Tat auch so haben.

Meine Damen und Herren, was bringt die Zukunft? Man spricht von hoch integrierten Systemen, die eine Verbesserung der Mobilität mit sich bringen. Ja, es soll auch ein hochschulübergreifendes Studieren möglich werden. Auch das wäre eine tolle Sache. Aber der entscheidende Punkt für uns ist letztendlich, wir wollen weniger Aufwand für administrative Arbeiten und mehr Zeit für das, um was es wirklich geht, nämlich Zeit für das Lernen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich erteile Frau Staatsministerin Doris Ahnen das Wort.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Geschätzter Herr Kollege Kuhn, eine kurze Bemerkung sei mir zu dem Thema „Autonomie“ schon gestattet.

Autonomie heißt nie und wird auch in der Zukunft niemals heißen, die Hochschulen alleine zu lassen, sondern es kann und wird – so hat es auch Herr Abgeordneter Dr. Krell gesagt – immer nur heißen, ihnen den notwendigen Entscheidungsraum zu geben. Das war auch das Ansinnen bei der Umformulierung, die dieser Antrag erfahren hat, damit nicht der Eindruck entsteht, es ginge darum, ein System zu installieren, sondern hier geht es darum, dass so etwas flächendeckend zum Einsatz kommt, aber durchaus die Unterschiedlichkeit, die in den Hochschulen gegeben ist, und die Ausgangssituation berücksichtigt.

Wir wissen alle, man darf sich das nicht so vorstellen, dass es fix und fertige Systeme gibt, und dann gibt es gar kein Problem mehr. Die implementiert man von dem einen Tag auf den anderen. Dann sparen wir ganz viel ein, und viel Kapazität ist völlig frei. So ist es eben nicht, sondern, wenn ein Campus Management System wirklich funktionieren soll, dann bedarf es eines Vorlaufs und wahrscheinlich auch der Einführung in Stufen, wenn man ehrlich ist, weil auch die Systementwicklung oft in Stufen erfolgt.

Die momentane Situation ist die, dass an den Fachhochschulen in der Tat in die Richtung diskutiert wird, ob man in der Pilotierung ein in den Grundsätzen übereinstimmendes System zum Einsatz bringt. Wahrscheinlich HISinOne als ein System. Aber auch da ist es so, dass einzelne Module entwickelt werden, die ab 2010 im Echtbetrieb im Einsatz sein sollen, hoffentlich auch in unseren Fachhochschulen. Aber der Prozess wird nicht abgeschlossen sein.

Koblenz-Landau und Trier orientieren sich auch in diese Richtung, haben aber heute schon eine ganze Reihe von Modulen, die zum Einsatz kommen. Wenn ich daran erinnere, dass z. B. an der Universität Trier dabei auch der Studierendenausweis in Form einer multifunktionalen Chipkarte als Identifikation dient, der vom Land gefördert worden ist, wird deutlich, wir fangen nicht bei null an. Aber das ist ein mittlerer Entwicklungsprozess.

An der TU Kaiserslautern arbeitet man bereits mit verschiedenen Funktionalitäten, hat aber noch kein geschlossenes System. Da werden zwei Alternativen diskutiert, entweder auf das System von Mainz „Datenlotsen“ zu gehen oder auch HISinOne zur Anwendung zu bringen. Das ist nicht endgültig entschieden.

Sicher, das ausgereifteste System hat die Uni Mainz. Die hat es europaweit ausgeschrieben und sich dann für „Datenlotsen“ entschieden. Es ist schon ein ziemlich komplettes kommerzielles Studien- und Prüfungsverwaltungssystem, das da implementiert worden ist.

Von besonderer Bedeutung ist das Online-Portal, das den Studierenden und den Lehrkräften zur Verfügung steht.

Insofern gibt es zwar auf der einen Seite schon die Bereitschaft, das miteinander unter den Hochschulen abzustimmen, aber es gibt einen unterschiedlich weiten Ausbaustand in den Hochschulen. Vor dem Hintergrund gibt es nachvollziehbar wahrscheinlich auch differenzierte Wege.

Umso wichtiger, umso richtiger und umso weiser hat der Ausschuss entschieden, dass wir diesen Prozess intensiv begleiten sollen, weil es mit Sicherheit ermöglicht, dort, wo Gemeinsamkeit möglich ist, diese auch zu organisieren, und dort, wo vielleicht Unterschiedlichkeit erforderlich ist, diese letztlich zu erhalten. In diesem Sinne wollen wir uns aktiv in diesen Prozess einbringen und unterstützen selbstverständlich die Beschlussempfehlung des Ausschusses.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über die in der Beschlussempfehlung – Drucksache 15/3048 – enthaltene Neufassung des Antrags. Wer der in der Beschlussempfehlung enthaltene Neufassung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Damit ist die in der Beschlussempfehlung enthaltene Neufassung des Antrags einstimmig angenommen. Ich danke Ihnen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zooschule Landau
Antrag der Fraktion der FDP – Entschließung –
– Drucksache 15/2932 –

dazu:
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur
– Drucksache 15/3107 –

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln. Auf die Berichterstattung wird verzichtet.

Wer der Beschlussempfehlung – Drucksache 15/3107 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/2932 – unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Ihnen und lade Sie zur morgigen Plenarsitzung am 5. März 2009, 9:30 Uhr, ein.

E n d e d e r S i t z u n g : 17:32 Uhr.